

Stand

EDU+UDF punkt

Christlich-politische Monatszeitung
Offizielles Organ der Eidgenössisch-
Demokratischen Union EDU

35. Jahrgang | Nr. 9 | Sept. 2015 | www.edu-schweiz.ch

Auflage: 36000

ZWEI ENTSCHEIDENDE ASPEKTE DER EDU

Politik mit Worten und Taten

Politik besteht aus Worten und aus Taten. Taten ohne Worte sind oft unverständlich, Worte ohne Taten lieblos und unglaubwürdig. Was bedeutet dies bei der EDU?

Die EDU als Partei orientiert sich konsequent an den Worten und Taten Gottes, wie sie in der Bibel beschrieben und auch heute erlebbar sind. Gott hat Entscheidendes zu Gesellschaftsfragen zu sagen und er handelt in der Geschichte, auch heute. Das Chaos mit kriegsähnlichen Zuständen in vielen Ländern entgeht und entgleitet ihm genauso wenig wie das ideologische und ethische Chaos in Europa. Das Vertrauen auf Worte und Taten des Gottes der Bibel gibt uns in der Politik die solide Grundlage.

Als EDU-Mitglieder sind wir glaubwürdig, wenn sich dies in unserem Engagement widerspiegelt. Viele der Kandidatinnen und Kandidaten für die Nationalratswahlen zeigen ein hohes Engagement in Beruf und Gesellschaft und exponieren sich, indem sie sich in Wort und Tat zur Bibel stellen. Sie bewähren sich in ihrer Verantwortung in sozialen Berufen, im Gewerbe, in kantonalen oder kommunalen Ämtern.

Gottes Wort ist Wahrheit

Es geht in der Politik nicht einfach um Fragen, für die jeder seine eigene Wahrheit finden muss. Die Politik entscheidet über Menschenleben und Gesellschaftsbilder. Und da sagen wir mit Überzeugung, dass es Wahrheit und Irrtum gibt, mit jeweils entsprechenden Auswirkungen.

Jesus sagte einmal: «Ihr irrt euch, weil ihr weder die Schrift noch die Kraft Gottes kennt» (Matthäus 22,29). Im berechtigten Umkehrschluss vertrauen wir darauf, dass die Orientierung an der Bibel und das Schöpfen aus der Kraft und den Taten Gottes in die Wahrheit führen.



David Gysel,
Sekretär EDU Kanton St. Gallen

KEIN PERFEKTIONISMUS

Massvoll leben!

Massvoll zu sein ist eine gute Eigenschaft. Wir alle haben unsere Neigungen, Stärken und Schwächen. Spitzenleistungen in Sport und Beruf zu erbringen, perfekt zu sein, verleiten uns oft dazu, das gesunde Mass zu verlieren.

Der Ausdruck «Mass» kommt von messen und beurteilen. Wer legt denn das richtige Mass fest? Welche Dimension ist ungesund, masslos oder übersteigert? Wo das Mass verloren geht, z. B. im Erwerb von Besitz, Selbstbewusstsein, Politikkarriere, Prestige oder allerlei Perfektionismus, leiden wir selbst, aber auch unsere Mitmenschen. Viele Errungenschaften der Menschheit sind unter Höchsteinsatz aus Masslosigkeit entstanden, aber zu welchem Preis? Eine Konsultation eines Freundes oder Kenners der Materie kann uns vor übereilten Entschlüssen bewahren. Ein massvoller Umgang mit Fehlern von Mitmenschen zeugt von innerer Reife. Ich möchte nicht für Mittelmässigkeit werben, sondern für gesunden Menschenverstand, der sich an Gottes Anleitung für unser Leben ausrichtet. Das bewahrt uns und unsere Umwelt vor grossen Abstürzen.

Fritz Kohler, Mitglied Geschäftsleitung EDU Schweiz

40 Jahre: Die EDU feierte am 22. August in Huttwil



40 JAHRE EDU: EINDRÜCKLICHE JUBILÄUMSFEIER IN HUTTWIL

«Vieles ändert, die Grundlage bleibt»

Delegiertenversammlung, Wahlauftakt, ein Volksfest der EDU-Familie und hohe Medienpräsenz: Die Jubiläumsfeier im «Blumenstädtchen» Huttwil setzte einen vorläufigen Höhepunkt der 40-jährigen Parteigeschichte.

«40 Jahre EDU sind etwas Grosses. Wer hätte damals gedacht, dass die EDU drei Jahre nach der Gründung einen Sitz in einem Kantonsparlament erreicht?», fragte Roland Haldimann, Finanzchef der EDU Schweiz, in seiner Festansprache. «Vieles hat sich verändert, die Grundlage der Bibel bleibt. Auch wenn wir als Fundis hingestellt werden, gibt es keinen Grund, von unserer Grundlage abzurücken.» Diese Überzeugung kam auch in den Statements vieler anderer EDU-Exponenten zum Ausdruck. Und fand Beachtung: «Das war eine der harmonischsten Veranstaltungen, die ich je erlebt habe», äusserte sich ein Medienschaffender gegenüber EDU-Präsident Hans Moser.

Harmonische Delegiertenversammlung

«Wir sind keine Kirche, sondern eine christliche Organisation, die Politik ma-

chen will», betonte Pfarrer Lukas Michel (Basel) in seiner Betrachtung über Richter 7. «Gideon soll mit möglichst wenigen Soldaten in den Kampf ziehen. Menschen haben andere Vorstellungen, suchen die vorderste Reihe in der «Arena», schalten möglichst viele Inserate...» Die EDU habe nur die sprichwörtlichen 300 Leute zur Verfügung, aber einen grossen Gott. In der Delegiertenversammlung wurden für einmal keine Parolen gefasst. Die Unterstützung aktueller Vorstösse wurde deutlich beschlossen: Konzernverantwortungsinitiative, Fortpflanzungsmedizin-gesetz (mit eigenem Referendumsbogen) und Kinderadoption durch gleichgeschlechtliche Paare. «Die traditionelle Familie darf andern Partnerschaften mit Kindern nicht gleichgestellt werden», hielt Parteipräsident Hans Moser fest. «Wir sind nicht gegen Menschen, aber gegen die Ausweitung des Ehebegriffs.» Es gehe dabei auch um ein Kindesrecht: das Recht auf Mutter und Vater. Die Initiative «Zersiedelung stoppen» soll nicht unterstützt werden, da das neue Raumplanungsgesetz als gute Lösung betrachtet wird.

Jubiläumsfest mit Wahlauftakt

Der Einmarsch der anwesenden Kandidierenden mit Gesang der Nationalhymne

gab den Auftakt zum öffentlichen Nachmittagsprogramm. «Zurück nach Bern»: In abwechslungsreichen Kurzansprachen orientierten aktuelle und mögliche zukünftige Mandatsinhaber über ihre Schwerpunkte und Herausforderungen. «Wir brauchen jetzt alle, den Letzten und Hinterletzten!», lautete das Fazit von EDU-Mitbegründer Werner Scherrer. Der Dokumentarfilm «40 Jahre EDU Schweiz» orientierte über eine inhaltsreiche Parteigeschichte. Das Gelände des «Wollenhofs» Spycher-Handwerk in Schwarzenbach bot vielfältige Möglichkeiten zu Begegnung und Gedankenaustausch. Mit Streichelzoo, Hüpfburg, Kamelreiten und Spielen kam auch der Nachwuchs auf die Rechnung.

Inneres Feuer neu entzünden

«Ich wünsche mir, dass das innere Feuer mit dem heutigen Festanlass neu entzündet wird.» Mit diesen Worten wünschte Präsident Hans Moser allen Anwesenden Gottes Segen für die nächsten (40) Jahre. Die Aussage von Roland Haldimann dürfte wegleitend sein: «Wir geben der christlichen Politik einen Namen. Dabei wollen wir unser Bestmögliches geben. So lange «besser» möglich ist, ist «gut» nicht gut genug.»

Thomas Feuz





NOCH 2 MONATE BIS ZU DEN NATIONALRATSWAHLEN...

Für Bedrohte!

Wir leben in spannenden und herausfordernden Zeiten. Auf nationaler Ebene erleben wir in den letzten 15 Jahren Dambrüche in wichtigen ethischen Fragen:

2002: Legalisierung der Abtreibung (72,2%), 2004: Embryonale Stammzellenforschung (66,4%), 2005: Partnerschaftsgesetz (58,0%), 2015: Legalisierung der PID (61,9%). Auf globaler Ebene rüttelt und schüttelt es gewaltig: Neue Konflikte, wie der Kalte Krieg in der Ukraine, Vormarsch des Islamischen Staates (IS), Nuklearkatastrophe in Fukushima mit andauernder Verseuchung des Meeres, Jahrtausenddürre im Westen der USA usw. 2008 wurde das globale Finanzsystem an den Rand des totalen Kollapses gebracht. Genau sieben Jahre später stehen die Vorzeichen wieder auf Sturm, nur dass man heute viel schlechter dafür gerüstet ist. Die Überschuldung der Welt beträgt mittlerweile 200000 Milliarden US-Dollar; fast das Dreifache der weltweiten Wirt-



schaftsleistung. Die Staatsverschuldung der USA hat sich innerhalb der letzten sieben Jahre verdoppelt. Die Leitzinsen kratzen in fast allen Industrienationen seit Jahren an der Nullgrenze oder liegen gar darunter.

Christen wählen Christen

In den kommenden Jahren werden grosse wirtschaftliche und politische Turbulenzen auf uns zukommen. Ich bete dafür, dass Gott uns «für eine Zeit wie diese» (Buch Esther 4,14) Menschen wie Esther und Daniel schenkt, die an zentralen Orten in Politik und Wirtschaft Gottes Weisheit inmitten von Krisen bekunden.

Als EDU haben wir am 18. Oktober gute Chancen, zwei Sitze im Nationalrat zu erreichen. Dies könnte der wichtigste Zeitpunkt sein, um Nachfolger von Jesus Christus in unser Parlament zu wählen. Lasst uns diese Gelegenheit nicht verpassen!

Samuel Kullmann



EINE FRAGE AN DOMINIK PORTMANN

Weshalb kandidieren Sie bei den Nationalratswahlen für die EDU?

«Die christlichen Werte sind in den westlichen Gesellschaften im Verschwinden begriffen. Vielerorts wird dies als «Fortschritt» gefeiert, ohne dass man sich der Tatsache bewusst ist, dass grundlegende Pfeiler der Gesellschaft zerstört werden. Die Exzesse in der Jugendgewalt, aber auch jene in der Wirtschaft («Heuschrecken-Kapitalismus») und in ethischen Fragen (z. B. Peter Singer «Practical Ethics») sind Ausdruck dieses sozialen Zerfalls. Das Alte Testament ist voll von Zeugnissen darüber, was geschieht, wenn eine Gesellschaft sich von Gott abwendet, und auch die neuere Geschichte (stalinistischer Terror als ein Beispiel)



spricht Bände. Wenn der Bezug zu unserem Schöpfer in einer Gesellschaft ver-

lorenght, so wird es unmöglich, dem menschlichen Leben noch irgendeinen Wert zuzusprechen. Die EDU ist bedauerlicherweise mittlerweile die einzige Partei in der Schweiz, welche noch konsequent christliche Werte vertritt. Nur die Bibel, das wahre Wort Gottes, kann ein tragfähiges Fundament für das Individuum und die Gesellschaft als Ganzes bieten. Darum ist die EDU die einzig richtige Wahl, wenn unsere Gesellschaft eine Zukunft haben soll.»

Dominik Portmann, 31-jährig, verheiratet, Student der Theologie, wohnhaft in Aarau-Rohr

Die Sicherheitslage in Israel

Die staatlichen Armeen Libanons, Syriens, Ägyptens und Jordaniens stellen für Israel keine Gefahr mehr dar, da sie mit immensen internen Problemen beschäftigt sind. Mit Ägypten und Jordanien bestehen zudem stabile Friedensverträge. Konventionelle Kriege zwischen Israel und seinen Nachbarn sind unwahrscheinlich geworden; die sicherheitspolitischen Schwerpunkte liegen heute primär in der Terrorismusbekämpfung.

Die neuen Gegner sind Terroristen in ziviler Kleidung, die Kinder und Frauen als Schutzschilder benutzen und ihre Waffen in Schulen und Krankenhäusern lagern. Durch die Vermischung von Kämpfern und Zivilisten sind die Handlungsmöglichkeiten der israelischen Armee im Kampf stark eingeschränkt. Das internationale Kriegsrecht lässt sich auf diese neue Form der Konflikte kaum anwenden, da es für Kriege unter ganz anderen Voraussetzungen definiert wurde. Die Terroristen setzen eigene zivile Opfer ganz bewusst ein, um Israel ins internationale Abseits zu drängen und zu verurteilen.

Hamas, Westjordanland, Syrien, Islamischer Staat

Zwischen Israel und der Hamas im Gazastreifen herrscht seit letztem Sommer ein inoffizieller Waffenstillstand. Die Hamas hält sich daran, weil sie die Öffnung der Grenzübergänge und die Lockerung der Einfuhrbestimmungen für Güter benötigt, um den Wiederaufbau und leider auch die Aufrüstung voranzutreiben. Israel investiert in der Zwischenzeit weiter in Abwehrsysteme wie den Iron Dome, der sich während des letzten Krieges als äusserst wirkungsvoll erwies. Die grösste Herausforderung in dieser Hinsicht ist derzeit die Entwicklung eines Abwehrsystems für Mörserraketen, da diese aufgrund ihrer kurzen Flugzeit und ihrer schwer bestimmbaren Flugbahn schwieriger



Bild: Harold Salzmann

abzufangen sind. Ein weiterer Schwerpunkt ist die Entwicklung von Methoden, die Bauaktivitäten an unterirdischen Tunnels feststellen können. Die Terroristen versuchen über diese Tunnels in grenznahe Dörfer einzudringen und Anschläge zu verüben.

Die Lage im Westjordanland ist seit langem relativ stabil, auch wenn Extremisten auf beiden Seiten hie und da versuchen, den Status Quo zu verändern. Im Libanon ist die Hisbollah aufgrund ihrer Verstrickungen in Syrien stark geschwächt. An der Grenze ist es ruhig und Israel rechnet in absehbarer Zeit mit keiner Konfrontation.

Die Bürgerkriegssituation in Syrien ist eine grausame Katastrophe mit unzähligen involvierten Terrororganisationen. Israel hat sich bewusst nicht eingemischt und sich auch nie für die eine oder andere Seite ausgesprochen. Israel würde nur eingreifen, wenn es direkt bedroht würde. Es bleibt zu hoffen, dass es einer künftigen Regierung gelingt, das ganze Land zu stabilisieren. Bedauerlicherweise liegt dies wohl noch in ferner Zukunft. In den vergangenen zwei Jahren hat Israel in einem Feldlazarett an der Grenze und in Krankenhäusern im Norden Israels mehrere Hundert verwundete Syrer ungeachtet ihrer jeweiligen Zugehörigkeit behandelt.

Auch hinsichtlich des Islamischen Staats (IS) nimmt Israel nur die Rolle eines Beobachters ein, denn der IS hat Israel bisher nie als ein Ziel deklariert. Sie sind sich

sowohl der militärischen Übermacht Israels als auch der Tatsache bewusst, dass Israel nicht zögern würde zurückzuschlagen. Es ist wichtig zu verstehen, dass der IS eine Bedrohung für den ganzen Nahen Osten und schlussendlich auch für Europa darstellt. Die westliche Welt täte gut daran, schleunigst aus ihrer Schläfrigkeit aufzuwachen und diesen barbarischen Terrorismus in kollektiver Zusammenarbeit entschieden zu bekämpfen.

Iran bleibt grösste Gefahr

Als letzte und grösste Gefahr für die israelische Sicherheit bleibt der Iran zu erwähnen. Israel vertrat stets die Ansicht, dass kein Abkommen mit Iran besser wäre als ein schlechtes Abkommen. Die jetzige Vereinbarung zwischen den P5+1 (Veto-Mächte des UNO-Sicherheitsrats: USA, China, Russland, Frankreich, Grossbritannien plus Deutschland) und dem Iran beschränkt dessen atomare Aufrüstung auf lediglich 10 Jahre und belässt die nukleare Infrastruktur grösstenteils intakt. Eine der ärgsten Schwächen des Abkommens liegt darin, dass Inspektionen 24 Tage im Voraus angekündigt werden müssen und dem Regime so genügend Zeit lassen, sämtliche Beweise und Aktivitäten zu verbergen. Und dies obwohl der Iran die Internationale Atomenergie-Behörde in den letzten Jahren andauernd in die Irre geführt und belogen hat. Durch die Aufhebung der Sanktionen vergibt sich der Westen zudem das wichtigste Druckmittel. Israel wird nun die Umsetzung des Abkommens genauestens beobachten und behält sich alle Optionen offen.

Nach diesen Erläuterungen zur sicherheitspolitischen Situation Israels ist zu erwähnen, dass ein dauerhafter Frieden weiterhin ein zentrales Anliegen bleibt. Israel hofft auf die Wiederaufnahme der Friedensverhandlungen mit den Palästinensern, wobei allerdings beide Seiten bereit sein müssten, ohne Vorbedingungen an den Verhandlungstisch zu kommen. Die palästinensischen Vorstösse bei internationalen Institutionen, die darauf abzielen, von aussen eine Lösung aufzuzwingen, sind reine Zeitverschwendung. Eine dauerhafte Lösung kann nur über direkte Verhandlungen zustande kommen.

NGOs fördern antiisraelische Klischees

Gekonnt und humorvoll vermittelt der Autor einen tiefen Einblick in eine Fülle von besorgniserregenden Denkschemen verschiedenster Akteure in Israel.

Nach 30 Jahren kehrt der Journalist, Essayist, Dramatiker und Sohn eines Rabbiners, Tuvia Tenenbom, im Jahr 2013 für einige Monate nach Israel, dem Land seiner Kindheit und Jugend, zurück. Er durchforstet das Land und versteht es, mit unterschiedlichsten Menschen in Kontakt zu treten sowie durch treffende Fragen und Äusserungen, u. a. geistliche Führer, Prostituierte, Professoren, Friedensaktivisten, Politiker und Volksgruppen herauszufordern, diesen auf den Zahn zu fühlen und ihnen tief in ihr Herz zu blicken.

Deutscher Einfluss

Die zahllosen Begegnungen finden, wenn es nicht anders geht, auch unter Lebensgefahr statt. Zum eigenen Schutz und je nach Gegenüber gibt sich Tuvia Tenenbom als Christ, Araber, Jude oder Deutscher aus, um jeweils das Vertrauen zu gewinnen, was auch nicht nur unproblematisch ist. Als Deutscher erlebt er zumeist grosse Sympathien, weil aus Deutschland u. a. erhebliche finanzielle Mittel für diverse propalästinensische Nichtregierungsorganisationen (NGOs) fliessen. Nach Schätzungen sollen sich 400 NGOs im israelisch-palästinensischen Konflikt engagieren. Eindrücklich beschreibt er durch eigenes Miterleben das Selbstverständnis von Menschenrechts- und Friedensaktivisten und was diese unter Friedensförderung in Israel verstehen. Erschüttert stellt er eins ums andere Mal fest, dass Juden sich selbst demütigen und verleugnen, Palästinenser dagegen einen unübersehbaren Stolz an den Tag legen.

Missbrauchter Einfluss

Uns Schweizern muss insbesondere zu denken geben, welche unrühmliche und einseitige Rolle das einflussreiche IKRK



Erschienen im Verlag: suhrkamp nova, ISBN 978-3-518-46530-1, 474 Seiten, Preis CHF 24.50

in Israel spielt. Aber auch das Ökumenische Begleitprogramm in Palästina und Israel (EAPPI), Ärzte ohne Grenzen, das Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA), Journalisten und Botschafter nehmen in Israel sehr «spezielle Aufgaben» wahr.

Im israelischen Parlament scheint es zudem normal zu sein, dass «die Linken, die sich lautstark für Demokratie, für eine

Kultur des Diskutierens und fairen Debatten einsetzen, sich selbst immer als genaue Gegenteil erweisen». Arabern und Linken wird von der Gegenseite still zugehört, während die Aussagen von rechten Politikern im Geschrei untergehen.

Ein Israel der Extreme

Das Buch gibt eine Fülle von Berichten über dieses einzigartige Land und seine Bewohner weiter. Es hebt sich wohltuend von den üblichen Verlautbarungen zu Israel ab und fusst auf eigenen Recherchen von einem Journalisten, der sich nicht so schnell mit oberflächlichen Statements abspesen lässt. Die Berichte erfordern Konzentration. Sie sind aber auch spannend und mit humorvollen Auflockerungen geschrieben. Die Dichte an Gegensätzen, Vielfalt, Bedrohungen, Belastungen, aber auch das Überleben und der wirtschaftliche Erfolg Israels führen einem die einmalige Besonderheit dieses Landes eindrücklich vor Augen. Wofür Tuvia Tenenbom kaum eine Erklärung hat, erkennen Christen einmal mehr eine geistliche Dimension, einen Machtkampf zwischen Licht und Finsternis, welcher in Israel nicht zufällig so geballt auftritt.

Lisa Leisi



Verschiedene christliche Organisationen gedenken der Schweizer Helden, die während des Holocausts Juden vor der Vernichtung retteten. Manche wurden zu ihren Lebzeiten für ihr Engagement nicht geehrt, sondern sogar entehrt. Zugleich soll der Bogen über unsere Zeit in die Zukunft gespannt werden und auf den zunehmenden bzw. wiederkehrenden Antisemitismus aufmerksam gemacht werden (siehe auch Artikel auf S. 6). Ebenfalls ruft der Gedenk Anlass zur Solidarität gegenüber den Juden in der Schweiz und in Israel auf.

Antisemitismus – ein «Dauerbrenner»

Seit 70 Jahren wird der grösste Versuch, die Juden auszurotten – der Holocaust – aufgearbeitet. Ebenso lang wird der latente Antisemitismus in der Gesellschaft bekämpft. Beide sind aktuell wie schon lange nicht mehr.

Zwar scheint es geschafft, Antisemitismus in den Untergrund zu verweisen, doch prägt er bewusst oder unbewusst immer noch unsere Gedankenwelt. Das Phänomen beschränkt sich nicht auf fanatische Gruppen wie Neo-Nazis oder Islamisten, sondern ist querbeet in allen Gesellschaftsschichten zu finden. Sogar bekennende Christen bedienen sich, oftmals unbewusst, antisemitischer Stereotypen. Es reicht nicht, öffentlichen Antisemitismus zu verbieten; er muss an der Wurzel bekämpft werden.

Ursprung bei Judenhassern

Der Begriff Antisemitismus tauchte in den 1870er-Jahren auf. Erklärte Judenhasser begründeten damit pseudowissenschaftlich und scheinbar rational die Minderwertigkeit von Juden. Somit war Antisemitismus von Anfang an gegen Juden gerichtet – und nicht, wie auch behauptet wird, gegen alle «semitischen Völker» (es gibt zwar semitische Sprachen, aber keine semitischen Völker). Antisemitismus ist ein Kunstbegriff, um Juden mit völkischen, sozialdarwinistischen und rassistischen Argumenten zu erniedrigen, während Antijudaismus einen Judenhass aus religiösen Motiven meint.

Die Wurzeln des Antisemitismus sind bereits in der Antike zu finden. Der jüdische Geschichtsschreiber Flavius Josephus zitiert antijüdische Quellen, die verachtend über das monotheistische Judentum und dessen Riten berichten. Während bei den gängigen polytheistischen Religionen der Synkretismus (Vermischung von Religionen und Göttern) gang und gäbe war, lehnten Jahwe-gläubige Israeliten weitere Götter strikt ab. Dies stiess bei den umliegenden Völkern auf Unmut. Mit den Deportationen durch die Babylonier und die Römer verbreiteten sich an Jahwe glaubende Israeliten über die



ganze Welt – und zugleich die Abneigung gegenüber Gott und den Juden.

Antisemitismus im Christentum

Mit der Verbreitung des Evangeliums entstand unter den Heiden auch eine Abneigung gegen die monotheistischen Christen. Denn wie die Juden lehnten die Christen es ab, den Kaiser als Gott zu verehren und Jahwe den römischen Göttern gleichzustellen. Erst nachdem Kaiser Konstantin das Christentum zur Staatsreligion erklärte, wurde das Frühchristentum synkretistisch, indem heidnische Feste oder Bräuche – beispielsweise Ostern oder Weihnachten – verchristlicht wurden. Dabei wurde leider auch der Antijudaismus ins Christentum hineingetragen. Es entstand ein Konflikt zwischen Christen, die jüdische Bräuche und Feste weiterfeierten, und Heidenchristen, darunter auch einige Kirchenväter, welche alles Jüdische ablehnten und gar zu Gewalt gegen Juden aufriefen. Oft wurde versucht, Judenhass durch selektives Zitieren von neutestamentlichen Bibelversen biblisch oder gar göttlich zu legitimieren.

Neues Testament antisemitisch?

Immer wieder wird behauptet, der Antisemitismus stamme direkt aus dem Neuen Testament. Tatsächlich existieren judenkritische Bibelstellen. Betrachtet man sie isoliert und kontextfrei, lassen

sie den Schluss zu, das Neue Testament sei antisemitisch. Setzt man sie aber in den Kontext der ganzen Bibel und ihrer Entstehungszeit, erscheinen sie in einem ganz anderen Licht. Die meisten Autoren der neutestamentlichen Bücher waren Juden oder Proselyten (zum Judentum bekehrte Heiden). Als solche betrachteten sie sich auch noch, nachdem sie sich zu Jesus hinwendeten. Nur von Aussenstehenden wurden sie «Christen» genannt. So ist die Kritik dieser Autoren an Juden immer als innerjüdische oder als Selbstkritik zu verstehen. Zudem galt ihre Kritik nie allen Juden (sie waren ja selber welche).

Antisemitismus-Falle unter heutigen Christen

Obwohl der Antisemitismus verpönt ist, gelangen wir des Öfteren in die Antisemitismus-Falle. So haben wir uns an die Fremdbezeichnung «Christen» gewöhnt und separieren uns von den Juden. Dabei sind wir versucht, die Judenkritik von Jesus oder Paulus als Kritik an eine fremde Religion, statt an die eigene beziehungsweise an uns selber zu lesen. Oder wir machen die Juden zu Christusmördern, obwohl im geistlichen Sinn wir alle – durch unsere Sünden – und in Tat und Wahrheit die Römer Jesus Christus ans Kreuz genagelt haben.

Die Ersatztheologie behauptet, dass das Volk Israel durch die Kirche ersetzt wurde – wobei Gott seinem Bund immer treu bleibt (auch wenn der Bundespartner untreu wird) und die Christen vielmehr als Zweig in das Volk Israel eingepfropft wurden (Röm. 11,17.18).

Am schlimmsten ist wohl der Anwurf gegenüber dem «rachsüchtigen Juden», indem behauptet wird, im Alten Testament herrsche das Racheprinzip «Auge-um-Auge, Zahn-um-Zahn», während im Neuen Testament «liebe deine Feinde» gelte. Dabei wird übersehen, dass «Auge-um-Auge» nie Selbstjustiz oder Rache bedeutete, sondern Gerechtigkeit durch angemessene Bestrafung von Verbrechen.

Wollen wir dem Antisemitismus entgegenwirken, müssen wir bei uns selbst beginnen. Und anfangen, uns auf unsere jüdischen Wurzeln zu besinnen, ohne dabei Abstriche an der Bibel zu machen.

Zuschauen allein genügt nicht!

Der Sommer 2014 markiert definitiv eine Zäsur im 21. Jahrhundert. Seit die Kämpfer des IS (Islamischer Staat) im Irak Hunderttausende aus ihrer angestammten Heimat Mossul und aus der Ninive-Ebene fortjagten, ist die religiöse Vertreibung im grossen Stil unter den Radikalen salonfähig und in der Weltöffentlichkeit als unvermeidbar hingenommen worden.

Männer wurden als Ketzer oder «Ungläubige» abgeschlachtet, Frauen als Sexsklavinnen verkauft, Kinder verschleppt, Millionen enteignet und zur Flucht gezwungen. Kaum fassbar, dass wir uns daran zu gewöhnen scheinen. Noch befremdender ist es, wenn derselbe hasserfüllte IS-Terror durch die Migration auch europäische Städte erschüttert.

Die verlorene Unschuld der Religion

Für aufgeklärte Europäer ist es unverständlich, dass Menschen im 21. Jahrhundert im Namen einer Religion tausendfachen Mord begehen und sich damit brüsten. Dabei handelt es sich nicht etwa um ungebildete, zivilisationsferne Barbaren. Viele von ihnen wurden in Europa ausgebildet, sind aber trotzdem fanatisch. Sie gehen mit kompromissloser Intoleranz und kalkulierter Brutalität gegen alle Andersgläubigen vor und begeistern vor allem Jugendliche.

Religion ist nicht gleich Religion und gewaltbereiter Fanatismus kann offensichtlich nicht nur durch Bildung überwunden werden. Wir sollten nicht länger so tun, als seien unsere Werte allgemeinverständlich und für alle einsichtig. Auch Religionen müssen sich in Europa verpflichten lassen, unsere freiheitliche Rechts- und Werteordnung zu akzeptieren und zu unterstützen.

Religiöse Verfolgung als Asylgrund kann in Europa nicht länger tabuisiert werden, nachdem sich der islamische Religionsterror eine Stadt nach der andern aneignet



Vor dem Terror geflohene Christen. Das Kreuz zeigt: Sie geben ihren Glauben nicht auf.

net und ganze Gebiete brutal von allen Andersgläubigen säubert. Im modernen Europa tun wir so, als würde Religion für den modernen Menschen keine Rolle mehr spielen, bezeichnen sie als Privatsache. Nun schrecken wir auf, wenn Religion als dominierender Handlungsgrund von Extremisten wieder die Weltbühne erobert. Haben wir etwas versäumt?

Leid und Gewalt stoppen!

Die 200000 Christen, die vor einem Jahr die irakische Millionenstadt Mossul und die Ninive-Ebene verlassen mussten, verloren alles, nur weil sie Christen sind. Die Weltgemeinschaft schaute zu. Nur ein Jahr später wiederholte sich dasselbe Drama in Syrien, als 85000 syrische Christen vor den Islamisten aus Aleppo flüchteten. Im Juni dieses Jahres flohen weitere 15000 Christen vor den IS-Kämpfern aus Hasaka. Ist die internationale Staatengemeinschaft wirklich zum Zuwarten verdammt, bis die Flüchtlinge vor den Toren Europas stehen? Für Aggressoren scheint dies geradezu eine Einladung zum Weitermachen zu sein. Es sind kriegstreibende Profiteure und sogar staatliche Unterstützer der Islamisten, die endlich einmal mutig benannt werden müssen: Türkei, Katar und Saudi-Arabien.

Entschieden und gemeinsam vorgehen

Dass wir mehr tun können als Zuschauen, haben die Europäer im Kosovo bewiesen, zum Schutz einer muslimischen Minderheit. Ebenso gehen wir mit schmerzlichen Sanktionen der westlichen Staatengemeinschaft gegen einen russischen Aggressor in der Ukraine vor. Haben wir aber im Nahen Osten wirklich alle Möglichkeiten ausgeschöpft, um das massenhafte Leid einzudämmen? Weshalb werden eigentlich die kulturell nahen und ölreichen Staaten der Region nicht in eine gemeinsame Lösung und Verantwortung für die arabischen Flüchtlinge eingebunden? Saudi-Arabien hat nach Angaben von Amnesty International bis heute nicht einen Flüchtling aus Syrien aufgenommen. Warum? Der renommierte muslimische Sozialwissenschaftler Professor Bassam Tibi hat schon 1996 darauf hingewiesen, dass die Migration nach Europa und der Aufbau islamischer Zentren als Mittel der Islamisierung Europas gesehen werden.

Massenvertreibung geht uns alle an und kann im 21. Jahrhundert von keinem Land geduldet werden. Deshalb muss die internationale Gemeinschaft entschieden und gemeinsam dagegen vorgehen. Dazu gehört, dass den Dschihadisten jegliche Unterstützung entzogen wird und bedrohte religiöse Minderheiten notfalls mit internationaler Hilfe geschützt werden. Den Vertriebenen müsste mittel- und langfristig eine Rückkehr in ihre Heimat ermöglicht werden, einschliesslich der Entschädigung für erlittene Verluste.

Matthias Schwab
(Nahost-Projektleiter HMK,
Hilfe für Mensch und Kirche,
www.verfolgt.ch)

«Was ihr getan habt einem von diesen meinen geringsten Brüdern, das habt ihr mir getan.»

Matthäus 25,40b



Bilder: zvg

DIE POLITISCHE LAUFBAHN VON JAKOB SCHWARZ BEGANN DORT, WO DIE EDU ZULETZT EINEN WÄHLERANTEIL VON FAST 32 PROZENT ERREICHTE.

«Nicht auf Kosten der kommenden Generationen leben»

Der Adelbodner EDU-Politiker konnte 2012 in den Grossen Rat des Kantons Bern (Parlament) nachrutschen und wurde 2014 mit einem Glanzresultat von 3738 Stimmen wiedergewählt. Ab September wird er die 5-köpfige EDU-Fraktion im bernischen Grossrat präsidieren. Lesen Sie in diesem Interview, wie Jakob Schwarz zur Politik kam und welche kantonalen und nationalen Themen den Nationalratskandidaten beschäftigen.

«EDU-Standpunkt»: Wie heisst der letzte Film, der Sie beeindruckt oder aufgewühlt hat?

Jakob Schwarz: Ich komme sehr selten dazu, Filme zu schauen. Das dürfte aber «Blind Side – Die grosse Chance» mit Sandra Bullock in der Hauptrolle sein. Der Film basiert auf einer wahren Geschichte, in welcher ein obdachloser Junge von einer vermögenden Familie aufgenommen wird.

Sie sind seit drei Jahren Mitglied des Grossen Rats des Kantons Bern. Wann haben Sie sich zum ersten Mal für Politik interessiert?

Nach meinem Schulaustritt absolvierte ich bei der Gemeindeverwaltung Adelboden eine kaufmännische Lehre und kam bereits früh auf Gemeindeebene mit der Politik in Kontakt. So wurde mein

Interesse daran geweckt. Schon wenige Monate nach dem Erreichen des Stimmrechtsalters, damals noch mit 20 Jahren, wurde ich in eine politische Kommission gewählt. Nach zehnjähriger Tätigkeit in verschiedenen Kommissionen wurde ich in den Gemeinderat von Adelboden berufen. Dort war ich während vier Jahren im Ressort Bildung und während sechs Jahren im Ressort Finanzen tätig.

2014 erzielte die EDU einen Wähleranteil von 31,7% in Adelboden (kantonaler Durchschnitt: 4,1%). Wie kommt es, dass Adelboden eine solche EDU-Hochburg ist?

Der Anteil von Christen, die sich zu einer Freikirche oder zur Landeskirche zählen, ist in Adelboden relativ gross. Zudem ist es in Adelboden Tradition, dass die Wählenden die Kandidierenden aus dem eigenen Dorf sehr stark unterstützen,

egal für welche Partei diese antreten. Bei den Grossratswahlen 2014 hatten wir von der EDU drei Kandidaten aus Adelboden und ich konnte davon profitieren, als einziger Bisheriger aus dem Ort anzutreten. So habe ich dann auch rund die Hälfte meiner rund 1200 Kandidatenstimmen in Adelboden von Nicht-EDU-Listen erhalten. Wahlgänge sind hier stark Persönlichkeits- und nicht Partei-Wahlen.

Was hat Sie in Ihrer Tätigkeit im Grossen Rat am meisten überrascht?

Die umfangreichen Aktenberge, die uns jeweils vor der Session zum Studium zugestellt werden und die enorme Themenbreite waren für mich überraschend. Im Ratsbetrieb selber war der stete Lärmpegel für mich sehr gewöhnungsbedürftig.

Im Herbst übernehmen Sie das Fraktionspräsidium von Fred Schneiter. Was

wünschen Sie sich für die EDU-Fraktion für den Rest der Legislaturperiode?

Ich wünsche mir, dass wir eine gut harmonisierende und kleine, aber feine Gruppe bleiben, welche in konstruktiver Diskussion bei den einzelnen Geschäften zu möglichst einheitlichen Stellungnahmen kommt. Dies ist wichtig, weil eine Aufsplitterung einer so kleinen Fraktion keinen Sinn macht und wir bei knappen Abstimmungen oftmals die Differenz ausmachen können. Weiter wünsche ich mir, dass wir die wertvollen zwischenmenschlichen Beziehungen weiterhin pflegen und weit mehr als nur politische Dinge zusammen besprechen können.

Gegen aussen wünsche ich mir, dass wir als zuverlässige und glaubwürdige (ehrlische) Politiker wahrgenommen werden, die das Beste für unseren Kanton wollen und nicht ihre persönlichen Interessen vertreten.

Lässt sich das immer so leicht trennen?

Selbstverständlich beurteilen wir gewisse Dinge aus persönlicher Betroffenheit anders. Wichtig ist, dass wir das Gesamtwohl unseres Staatswesens im Auge behalten und nicht für Eigeninteressen und persönliche Vorteile handeln.

Wo sehen Sie den grössten Handlungsbedarf im Kanton Bern?

Hier wird zu vieles auf einem zu hohen Standard erledigt, den wir uns eigent-

lich gar nicht leisten können. Eine hohe Steuerbelastung und eine grosse Verschuldung sind eine Folge davon. Ohne den umstrittenen schweizerischen Finanzausgleich wäre unsere finanzielle Lage gar als kata-strophal zu bezeichnen. Die Geberkantone werden in mittelfristiger Zukunft zu Recht nicht mehr bereit sein, so viel zu zahlen.

«Und dann braucht es jedes Jahr neue Gesetze und Vorschriften, welche die Auswirkungen unserer zunehmenden Gottlosigkeit in Schranken halten sollen.»

Handlungsbedarf besteht zudem bei der Kantonsverwaltung, die in den letzten Jahren zu stark gewachsen ist. Die Nähe zur Bundesverwaltung ist in dieser Hinsicht ein Nachteil.

Die erfolgte Zentralisierung der letzten Jahre hat unserem Kanton nichts gebracht, sondern führte vor allem zu höheren Kosten. Die Aufgaben sollten vermehrt wieder auf regionaler Ebene kostengünstiger und bürgernäher erledigt werden.

Und auf eidgenössischer Ebene?

Der Bund delegiert dauernd neue Aufgaben an Kantone und Gemeinden, welche für diese teilweise immense Kostenfolgen haben. Dann bereiten mir auch auf eidgenössischer Ebene die Finanzen Sorgen, insbesondere auch die längerfristige Finanzierung der AHV. Die Lebenserwartung steigt stetig an und damit auch die Rentenbezüge, während es auf der anderen Seite immer weniger Einzahlende gibt. Aber noch fataler für unser Land ist es, dass wir mehr und mehr die Gebote und Richtlinien Gottes, welche zum Wohl der Menschen gegeben wurden, über Bord werfen. Und dann braucht es jedes Jahr neue Gesetze und Vorschriften, welche die Auswirkungen der zunehmenden Gottlosigkeit in Schranken halten sollen.

Weltweit werden Millionen von Christen und andere Minderheiten verfolgt. Besonders schlimm ist es für die Menschen in Gebieten, die vom Islamischen Staat besetzt sind. Wie kann die Schweiz hier helfen?

Das ist eine sehr schlimme Situation. Auch ich habe kein Patent-Rezept. Wahrscheinlich wäre etwas zu erreichen, wenn die westlichen Staaten gemeinsam Druck

auf diese Regierungen ausüben würden. Zudem müsste die milliardenschwere Entwicklungshilfe neu überdacht und in solchen Ländern an klare Bedingungen geknüpft werden. Wenn eine ehrliche Bilanz gezogen wird, ist der Erfolg der bisherigen Entwicklungshilfe jedenfalls sehr bescheiden.

Haben Sie schon mal «falsch» abgestimmt, so dass Sie Ihren Entscheid später bereut haben?

Das ist bestimmt schon vorgekommen, auch wenn mir gerade kein konkreter Entscheid bewusst ist. Was ich aber in meiner politischen Arbeit vor allem auf Gemeindeebene erfahren habe, ist die Tatsache, dass manchmal auch ein anderer als der von mir bevorzugte Weg zum Ziel geführt hat.

Die Finanzen sind eines Ihrer Spezialgebiete. Was sind Ihre wichtigsten Grundsätze im Umgang mit Finanzen?

Mein Prinzip ist relativ einfach und entspricht dem, was wir im eigenen Haushalt auch tun müssen: Nur so viel ausgeben, wie wir zur Verfügung haben, und damit nicht auf Kosten der kommenden Generationen leben.

Zudem habe ich auch bei der öffentlichen Hand festgestellt, dass das Risiko, Geld «in den Sand zu setzen» höher ist, wenn man viel davon zur Verfügung hat. Wer weniger hat, geht viel sorgfältiger damit um.

Am 2. Mai erschien im «Tages-Anzeiger» ein Artikel darüber, dass die weltweite Verschuldung 200 Billionen US-Dollar erreicht hat. Im Fazit stand: «Rast die Welt mit 200 000 000 000 Dollar oder noch mehr Schulden auf dem Buckel in die nächste Finanzkrise, wird die Katastrophe total». Was ist Ihre Einschätzung dazu?

Ich befürchte sehr, dass dieses weltweite Prinzip des Lebens auf Pump und die in der Schweiz gegenwärtig wirklich groteske Situation von Negativ-Zinsen, durch welche mit einer Neuverschuldung Geld verdient werden kann, irgendwann zu einer gros-



Jakob Schwarz, geb. 1966, verheiratet mit Marianne, 4 Töchter im Alter von 14 bis 26 Jahren
Mitinhaber und Geschäftsführer der Oester Sport AG in Adelboden
1996–2005 Gemeinderat, seit 2012 Grossrat
Verwaltungsrat der Raiffeisenbank Frutigenland und der Bergbahnen Adelboden
Hobbys: Jogging, Radfahren, Tourenlauf, Langlauf
Wohnhaft in Adelboden



Tourenlauf: Jakob Schwarz ist auch sportlich gut unterwegs.

sen Krise oder einer immensen Teuerung führen wird. In ganz Europa werden zurzeit Unmengen Geld in Umlauf gebracht, ohne dass ein realer Gegenwert oder eine entsprechende Leistung dahinter steht. Das kann auf Dauer nicht gut gehen. Die Probleme in Griechenland sind nur die Spitze des Eisbergs, den wir (noch) nicht sehen.

Politik kann manchmal mühsam sein. Haben Sie ein Anti-Frust-Rezept?

Grundsätzlich beruhigt mich die Gewissheit, dass Gott letztendlich alles lenkt und ich nur sein Werkzeug bin. Wenn ich meinen Auftrag treu ausführe, kann ich die Verantwortung ihm übergeben.

Ein gutes Rezept für mich persönlich ist es, regelmässig Sport zu treiben. Ich konnte so schon manches unüberlegte oder böse Wort vermeiden. Und mein Kopf war nachher wieder frei.

Mit welcher Person in der Bibel können Sie sich am meisten identifizieren? Warum?

Ich kann mich nicht mit einer speziellen Person in der Bibel identifizieren. Wichtig ist mir aber die Tatsache, dass selbst erfolgreiche Personen in der Bibel vor Niederlagen und Schwächen nicht verschont waren. Wir sind aufgefordert, von ihnen zu lernen, wieder aufzustehen, weiterzugehen und den Glauben nicht zu verlieren.

«Die Probleme in Griechenland sind nur die Spitze des Eisbergs, den wir (noch) nicht sehen.»

Haben Sie ein Lieblingszitat oder Lebensmotto?

Eine Stelle aus der Bibel, welche mich seit der Gründung der EDU Adelboden bei meiner politischen Arbeit stets begleitet hat: «Suchet der Stadt Bestes!»

Wir danken Ihnen für dieses Gespräch und wünschen Ihnen in Familie, Beruf und Ihrem politischen Engagement Gottes reichen Segen!

Interview: Samuel Kullmann

ES KANN ABGESTIMMT WERDEN

Neue Schweizer Hymne?

Der von der Schweizerischen Gemeinnützigen Gesellschaft am 1. August 2012 lancierte Wettbewerb kommt in die letzte Runde. Von 208 Vorschlägen schafften es drei in den Final. Bis am 6. September kann online, anschliessend per SMS und Telefon abgestimmt werden. Wer will, kann das Finale vom 12. September live am Fernsehen mitverfolgen.

Geht es nach dem Willen der Schweizerischen Gemeinnützigen Gesellschaft (SGG) und liberalen Persönlichkeiten aus Medien, Kunst, Gesellschaft und Wirt-

schaft, bekommt die Schweiz schon sehr bald eine neue Hymne. Der bisherige Text sei «zu schwülstig», «zu religiös», «zu patriotisch» oder «erinnere an den Wetterbericht», wurde verschiedentlich kritisiert.

Zeichen des Religionsfriedens

Die aktuelle Hymne basiert auf einem 130-jährigen Text und ist ein überkonfessionelles Gemeinschaftswerk eines reformierten Dichters und eines katholischen Komponisten. 1961 wurde der Schweizerpsalm provisorisch, 1986 definitiv eingeführt. Seither gab es verschiedene Vorstösse für eine neue Hymne. Nachdem die vorberatende Kommission 2006 einen Vorstoss an den Bundesrat verneinte, zog Nationalrätin Margret Kiener Nellen (SP) ihre Motion zurück.

Mit dem Wettbewerb der SGG, die sich früher stark für soziale Anliegen einsetzte (Pro Juventute, Schweizerische Mobiliar...), erfolgte eine Neuauflage der Absetzungsbestrebungen der aktuellen Hymne. Von den drei Siegerbeiträgen nennt noch einer den Ausdruck «Gott». Die anderen beziehen sich gemäss Wünschen der SGG auf die Präambel der Bundesverfassung und deren Werte wie Frieden, Freiheit, Demokratie, Offenheit und Respekt. Am Voting teilnehmen oder nicht? Eine persönliche Empfehlung: Für Beitrag B voten («Gott, begleite uns»), in einer allfälligen Volksbefragung für die aktuelle Hymne stimmen. Trotz grosser Anstrengungen einflussreicher Kreise: Das letzte Wort zum Schweizerpsalm ist noch nicht gesprochen!

Thomas Feuz

«PLUSPUNKT»

Neu: Förderung von Werten und Ent- haltsamkeit

Ecuador gesteht den Misserfolg der bisherigen Familienpolitik ein: Der Regierungschef Rafael Correa bekennt sich dazu, dass die nationale Strategie zur Familienplanung und Vermeidung von Schwangerschaften gescheitert ist.

Die von der Regierung seit fünf Jahren eingerichtete Hotline für Beratungen sowie die unentgeltliche Abgabe von Kondomen verhinderte nicht, dass weiterhin jedes fünfte Kind von einer Frau unter 18 Jahren geboren wird.

Die von Correa an die Spitze des «Plan Familia Ecuador» berufene Ärztin Mónica Hernández will die Familie wieder in den Mittelpunkt stellen. Eltern sollen in neu gegründeten «Elternschulen» unterwiesen werden. Sie sollen motiviert werden, auf ihre Kinder zuzugehen und Dinge zu thematisieren, über die «man nicht spricht».

Weiter sind Elternseminare geplant und Komitees sollen gegründet werden, in denen sich Eltern von Jugendlichen austauschen und gegenseitig stärken können. Der Rechtsberater und enge Vertraute des Regierungspräsidenten, Alexis Mera, erklärte der führenden Zeitung «El Comercio»: «Der Staat muss die jungen Frauen unterweisen, dass es besser ist, ihr Sexualleben und ihre Empfängnisbereitschaft aufzuschieben, damit sie ihre Ausbildung abschliessen können. Das kann zu einer besseren Entwicklung der Frauen beitragen.» Er sieht eine Verpflichtung des Staates, seine Bürger vor Gefahren zu warnen. (Andreas Fink, Buenos Aires, 23.04.2015/livenet.ch)

Das ehrliche Eingeständnis des Regierungspräsidenten und die nun angestrebten Massnahmen verdienen Respekt.

Lisa Leisi

6. MARSCH FÜRS LÄBE: 19. SEPTEMBER 2015
IN ZÜRICH

Gegner des Lebens rüsten auf

Verantwortet wird das Projekt seit 2009 von einer überkonfessionellen Trägerschaft von Christen, die dem Recht auf Leben wieder uneingeschränkte Geltung verschaffen wollen.

Auch die EDU Schweiz war von allem Anfang an mit dabei und hat massgeblich zum Aufbau der Veranstaltung beigetragen.

Zeitgeist im Kampf gegen Gottes Gebote

Die Zerstörung der gesellschaftlichen Moral hat dazu geführt, dass sich Christen wieder vermehrt in die öffentliche Diskussion einmischen. Das versetzt die Anhänger des Zeitgeistes in blinde Wut. Immer häufiger werden christliche Versammlungen attackiert. Chaoten stören Gottesdienste, Gebetsmärsche, den Tanz auf dem Bundesplatz oder eben den Marsch fürs Läbe.

Hätten die Konsummenschen in ihrer krankhaften Selbstbezogenheit die Macht, würden sie es sogleich verbieten, Gottes konträre Werte und Gebote in der Öffentlichkeit auch nur zu erwäh-

nen. Wer es trotzdem täte, käme dann flugs ins Gefängnis. Der Feind des Lebens ist immer gewalttätig und totalitär.

Was die Linksautonomen und Gender-Lobbyisten aktuell am meisten stört, ist die christliche Lehre zu «Sexualität und Familie». Sie wollen nicht anerkennen, dass nur die treue Liebe in Freundschaft, Ehe und Familie zu Lebensglück führt. Stattdessen fordern sie uneingeschränkten Sex, Abtreibung, Homo-, Bi- und Transsexualität. Dass die Lebensqualität dabei auf der Strecke bleibt, kümmert sie offenbar nicht.

Den Mund nicht stopfen lassen!

In hunderten von Städten der westlichen Welt gibt es Märsche für das Leben. Dies ist ein Beweis dafür, dass immer weniger Christen bereit sind, sich den Mund verbieten zu lassen. Auch in Zürich werden im September wieder tausende Christen erwartet, die für das Recht auf Leben auf die Strasse gehen. Weil sie auf der Seite der Liebe und des Lebens stehen, sehen sie den Angriffen der Linksautonomen mit Freimut entgegen.

Daniel Regli,
OK-Präsident Marsch fürs Läbe



Total Mensch!

(Jasmin, 11 Wochen alt)

6. Marsch fürs Läbe

Kundgebung · Bekenntnis-Marsch · Überkonfessioneller Gottesdienst

Samstag, 19. September 2015, 14.15 Uhr
Zürich-Oerlikon Marktplatz, marchfuerslaebe.ch

Mit Bischof Charles Morerod, Freiburg
Marc Jost, Pfarrer, Thun
Marianne Streiff, Nationalrätin EVP Bern

marsch fürs Läbe

EDU SCHWEIZ: BEWEGENDES UND AUFRÜTTELNDES, ABER AUCH TRÖSTLICHES UND ERMUTIGENDES

EDU-Frauentag mit Schwerpunkt Gebet

SAMSTAG, 19. SEPTEMBER 2015
UM 9.30 UHR IN DER STIFTUNG GLOCKENHOF
SIHLSTRASSE 31, 8001 ZÜRICH

Wir wollen uns politischen Themen annehmen, die uns Frauen besonders nahe sind, dafür vor Gott eintreten und IHN durch sein Wort zu uns sprechen lassen.

Dazu laden wir, Margreth Binder, Magdalena Mouron und ich alle interessierten EDU-Frauen und -Sympathisantinnen ganz herzlich ein. Wir lassen uns auf Themen wie Herausforderungen in Familie, Schule und Beruf ein. Auch Gender-Mainstreaming, Pornographie, Frauenhandel, Single-Frauen und der Umgang mit Leben und Tod sollen uns beschäftigen. Diese Themen bewegen wir miteinander vor Gott, passende Lieder werden uns dabei begleiten.

Am Mittag werden wir gleich im Restaurant nebenan zusammen essen. Anschliessend besteht die Möglichkeit, gemeinsam am «Marsch fürs Läbe» teilzunehmen.

Haben wir Ihr Interesse geweckt, so reservieren Sie sich dieses Datum und melden Sie sich bis am 8. September im Sekretariat in Thun (harold.salzmann@edu-schweiz.ch/033 222 36 37) oder bei Lisa Leisi (lisa.leisi@edu-schweiz.ch/071 983 39 49) an. Abgesehen von den Kosten für das Mittagessen ist die Teilnahme gratis.

Lisa Leisi



Das Hotel ist nur 7 Gehminuten vom Hauptbahnhof entfernt. Mit Tram 6/7/11/13 bis Station «Haupt».

EDU+UDF
Eidgenössisch-Demokratische Union
Unione Democratica Federale
União Democrática Federal

Assyrer brauchen Unterstützung



Bild: HMK Hilfe für Mensch und Kirche

Vergangenes wie gegenwärtiges Leiden der Assyrer findet noch immer kaum Beachtung. Es besteht Handlungsbedarf für den Westen, die Türkei und weitere islamische Länder.

Heute wird der Völkermord an den Armeniern von einer Reihe Staaten anerkannt, darunter auch die Schweiz. Dies gilt nicht für die Gräueltaten türkischer Soldaten, der Bevölkerung und von Kurden an den Assyrern in den Jahren 1915 bis 1918 (neben vielen anderen). Diesen fielen 500 000 bis 750 000 assyrische Christen – ein Drittel dieser Bevölkerung – zum Opfer. Dabei wurden zwei Drittel enthauptet, weshalb diese Morde in ihrer Sprache als Seyfo («Schwert») bezeichnet werden. Mit dem im ersten Weltkrieg in der Türkei aufgekommenen Nationalismus galten Christen, die grösstenteils armenischer, assyrischer oder griechischer Abstammung waren, zunehmend als Staatsfeinde. Der Tötung folgte später die Vertreibung von mehreren Hunderttausend Christen aller Konfessionen.

Verfolgt und ignoriert

Nicht nur in der Türkei, auch im Irak, Libanon, Iran und in Syrien gehörten die Assyrer zu den ersten Bewohnern Mesopotamiens und zu den ersten Volksgruppen, die sich dem Christentum zuwandten. Als der Irak im Jahr 1921 gegründet wurde, waren 21 % der Bevölkerung Assyrer. Im Jahr 2008 lebten nur noch ca. 800 000 Assyrer im Irak und waren damit auf 3,5 % geschrumpft. Gleichzeitig befanden sich 350 000 Assyrer aus den oben genannten Ländern auf der Flucht. Die Assyrer

beklagen unter anderem, dass sie in ihren angestammten Heimatländern als Kolaborateure des Westens und aufgrund ihres christlichen Glaubens als Bürger zweiter Klasse angesehen werden. Auch in diesen Tagen werden ihre Leute weiter unterdrückt, verfolgt, vertrieben und sogar umgebracht. Ihre Nöte werden von den westlichen Ländern kaum wahrgenommen und immer noch ignoriert.

Situation und Auswirkungen

Bis heute konnte die Türkei erfolgreich verhindern, dass der Völkermord an den Assyrern als solcher benannt wird. So wurde zum Beispiel eine Genozid-Resolution im US-Kongress letztlich abgelehnt, weil die Türkei den USA drohte, deren Militärbasen in der Türkei zu sperren. In der Schweiz scheiterte ein Vorstoss mit der Forderung zur Anerkennung des Völkermords durch die Türkei im Dezember 2003 im Nationalrat mit einer äusserst knappen Mehrheit von 91 zu 89 Stimmen.

Die Assyrer in der Diaspora bemühen sich um die Hilfe der westlichen Staaten, um auf ihr Schicksal aufmerksam zu machen. Sie möchten damit auch den verbliebenen Christen in den Heimatländern zu einem anerkannten Status und den damit verbundenen Rechten als religiöse, ethnische und kulturelle Minderheit verhelfen. Geschichtliche Erfahrungen prägen die Identität eines Volkes. Selbst wenn Menschen wie die Assyrer mit ihren vielen traumatischen Erlebnissen eine sichere Bleibe in westlichen Ländern gefunden haben, erkranken manche psychosomatisch. Die Entwurzelung, der Verlust ihrer Heimat, die Konfrontation mit anderen moralischen Vorstellungen, fremde Sprachen, andere soziale Bedingungen, ver-

änderte Arbeitsmöglichkeiten und vieles mehr, werden oft nicht verkraftet.

Legitime Anliegen

Eine internationale Anerkennung des Genozids sowie die Anerkennung und Unterstützung als Volk mit dem Recht auf freie Ausübung der Sprache, Religion und Kultur in den Heimatländern blieben bisher unerfüllte Forderungen. Auch die Anerkennung der Assyrer als ethnische Minderheit ist noch nicht umgesetzt. Ebenso nötig wäre die Aufarbeitung des Völkermords inklusive der Übernahme der moralischen und politischen Verantwortung durch die Türken. Die Erreichung dieser Ziele wären wichtige Stützen zur Bildung einer intakten Identität und eigentlich ein Gebot der Menschlichkeit.

Lisa Leisi

Impressum

Herausgeber/Redaktion

EDU-Standpunkt
Postfach, 3602 Thun

Administration und Adressmutationen

033 222 36 37
mutationen@edu-schweiz.ch

Redaktion und Marktplatzinserate

033 222 37 07
redaktion@edu-schweiz.ch
Fax 033 222 37 44

Anzeigenverkauf (ohne Marktplatz)

031 818 01 42
inserate@edu-schweiz.ch
Postcheck 30-23430-4

(IBAN CH 35 0900 0000 3002 3430 4)
www.edu-schweiz.ch

Abo: CHF 30.–/25 € (inkl. 2,5% MWST)

Redaktion

Hans Moser, Daniel Beutler,
Arthur Gasser, Roland Haldimann,
Thomas Käser, Lisa Leisi, Markus
Reichenbach, Daniel Suter,
Eveline Rytz (Schlussredaktion),
Harold Salzmann (Layout)

Schreibende geben ihre
persönliche Ansicht wieder.

Layout: EDU
Druckvorstufe, Druck und
Spedition: www.jordibelp.ch

Erscheint monatlich, 11 Ausgaben

Kann Europa das Problem lösen?

Sind es Leidensdruck, Hunger und Krankheit oder die Aussicht auf eine bessere Zukunft, welche Menschen dazu bewegen, unter enormen Strapazen und Gefahren nach Europa aufzubrechen?

In Afrika vermehren sich die Menschen exponentiell – innert 25 Jahren hat sich die Bevölkerung verdoppelt! Diese hat keine Zukunftsaussichten, es fehlt an allem – v. a. an Unternehmern, die Arbeitsplätze schaffen, aber auch an politischen Instanzen und korrekten Behörden.

Droht ein Tsunami?

Auf dem afrikanischen Kontinent leben ca. 1,2 Mrd. Menschen auf einer Fläche von 30,3 Mio. km². Zum Vergleich: In Europa, der Hauptdestination der afrikanischen Migranten, leben heute ca. 400 Mio. Menschen auf einer Fläche von 10,5 Mio. km².

Nach Angaben von «Die Welt» werden bis 2050 zwei Mrd. Menschen in Afrika leben, jeden Monat kommen zwei Millionen dazu. Für Afrika ein erschreckendes Szenario – mit unabsehbaren Folgen v. a. für Europa, einem der Ziele der Migranten. Sie sind vom Gedanken beseelt, sich eine bessere Zukunft zu bauen. Statistisch gesehen handelt es sich um 70% junge Männer, 14% Kinder, wenige Familien und alte Menschen.

Migration hat es immer gegeben. Das Ausmass dieses Exodus und der Flucht ist gemäss UNO-Flüchtlingswerk UNHCR seit dem letzten Weltkrieg erstmals wieder auf über 50 Mio. Menschen angewachsen. Wird aus dem Zustrom von Menschen ein unkontrollierbarer Tsunami?

Verantwortungs- versus Gesinnungsethik

Handeln im Sinne von längerfristigem Denken wäre das Gebot der Stunde. Will heissen: Entschlossenheit zeigen und den Ausreisewilligen in Afrika mitteilen, dass Europa Millionen von Immigranten keine Bleibe bieten kann. Die Behörden verneinen; der Flüchtlingsansturm sei «problemlos» zu bewältigen (Tagespresse von Mitte August).



Der deutsche Soziologe Max Weber sprach 1919 in einem Vortrag zum Thema «Politik als Beruf» von Verantwortungsethik (auf Migration bezogen: Alle ordnungsgemässen Prozeduren für Einreisewillige müssten erfüllt werden). Der Gegensatz dazu ist Gesinnungsethik, die sich nach opportunem Handeln richtet.

Verantwortungsethisch handeln heisst: Die Menschen schnell zurückführen, die Verfahren dürfen nicht rekursfähig sein, mit den Herkunftsländern muss verhandelt und die Entwicklungshilfe an Bedingungen geknüpft werden. Den afrikanischen Behörden muss klar gemacht werden, dass sie ihre Probleme selber lösen müssen.

Wenn alle Hilfsmassnahmen, die seit ca. 60 Jahren den afrikanischen Kontinent mit Milliarden überschwemmen, und Entwicklungshilfe vor Ort keine Veränderungen im Sinne von «Existenzgrundlagen für Menschen schaffen» bewirkt haben, was hilft dann noch? Wohl kaum die «Integrierung» von Millionen Afrikanern in Europa! Auch Afrika ist mit diesem Exodus nicht gedient. Im Gegenteil: Die stärksten und meist auch die fähigsten Menschen fehlen dort!

Gegen das Laisser-faire

Für einreisende Flüchtlinge gelten entsprechende Regelungen und Gesetze. Sie werden zum Nutzen aller angewandt. Nur machen es sich die Behörden einfach, wenn sie Immigranten vorschnell als Flüchtlinge anerkennen. Das dient der Sache nicht und häufig wird auch Recht gebrochen!

Die europäische Bevölkerung hat ein Recht darauf, dass ihre Anliegen und ihre über Jahrhunderte geschaffenen Errun-

genenschaften – Kultur, Wohlstand, Ordnung, Bildung, Wirtschaft, Gewerbe, Vereinswesen usw. – geschützt bleiben. Migranten dürfen keine Ansprüche erfüllt bekommen, die einer Rechtsgrundlage widersprechen und nicht mehr Rechte haben als die Einwohner. Die europäischen Völker brauchen auch keine Parallelgesellschaften, die nach ihren eigenen Gesetzen leben.

Die heutige Politik ist geprägt von Opportunismus (Duden: «allzu bereitwillige Anpassung an die jeweilige Lage, um persönlicher Vorteile willen»). Bei diesen emotionell besetzten Flüchtlingsfragen unkonventionelle Lösungen anzustreben, wird für die Verantwortlichen in Politik und Verwaltung, die gegen den Strom zu schwimmen versuchen, leider nicht einfach.

Nachhaltige Lösungen werden verhindert – weil Lösungen, die sich an Langfristigkeit orientieren, in der Regel unbequem und einschneidend sind. Sind unsere Politiker gar nicht daran interessiert, zum nachhaltigen Wohl des Landes zu entscheiden?

Die im Mittelmeer gestrandeten Menschen werden gepflegt, mit dem Notwendigsten versorgt – und dann meist ihrem Schicksal überlassen. Die EU kann, bzw. will nichts unternehmen. Sie überlässt das Handeln den betroffenen Ländern. Ist es wirklich eine Lösung, wenn diese Menschen in der Sozialhilfe stranden?

Europa braucht Ideen, um diese Völkerwanderung in den Griff zu bekommen – und mutige, selbstlose und kritische Akteure gegen das System des Laisser-faire.

«STIFTUNG SWISS INNOVATION PARK» PLANT AUF DEM GELÄNDE DES MILITÄRFLUGPLATZES DÜBENDORF IN GROSSEN DIMENSIONEN

Braucht es den Innopark Schweiz?

Der Zürcher Regierungsrat definiert wie folgt: «Ein Innovationspark ist die Konzentration von Hochschulen, Forschungseinrichtungen und forschenden Unternehmen an einem bestimmten Ort. Er stellt ausgehend von der Grundidee von Leben und Forschen am gleichen Standort Infrastruktur zur Verfügung und bringt Akteure zusammen, mit dem Ziel, marktfähige Produkte und Dienstleistungen (Innovationen) entlang der gesamten Wertschöpfungskette rasch zu entwickeln.»

Der Bundesrat hat vor Jahresfrist die Hub-Konzepte (Hub = Nabe, Knotenpunkt) im Umfeld der ETH Zürich und der EPF Lausanne gutgeheissen und die von der Volkswirtschaftsdirektorenkonferenz vorgeschlagenen Netzwerkstandorte Aargau und Nordwestschweiz übernommen. Die Megaprojekte erhalten nicht nur Zustimmung.

Nur für Grossunternehmen?

Die massgebenden Promotoren um Stiftungspräsident Nationalrat Ruedi Noser gehen davon aus, dass sich vorab Grossfirmen auf den Innoparks ansiedeln werden. Welchen Ertrag die Innoparks der Schweiz wirklich bringen, scheint niemand genau zu wissen. Es wird der Eindruck erweckt, dass so am «Fließband» marktfähige Produkte entwickelt werden können. Doch was «gute» Produkte sind, entscheiden die Konsumenten. Das «Silicon Valley» etwa erhält einen Grossteil seiner Aufträge von der US-Armee. Bahnbrechende Produkte wie jene von Apple entstehen eher selten und nicht immer dort, wo man sie erwartet. Produziert jedoch wird dort, wo die Kosten gering und die Gewinnmöglichkeiten hoch sind.

Während der Hub-Standort Lausanne mit seinem dezentralen Konzept den Ressourcenverbrauch in Grenzen halten wird, bedingt die Konzentration der Bauten für



den Innopark Zürich den Bau eines neuen Stadtteils auf dem Areal des Flugplatzes Dübendorf. Da darf man sich fragen, ob es zur Erzielung eines ungewissen Forschungsausgangs einen derartigen Ressourceneinsatz braucht. Gemäss «Tages-Anzeiger» gehört es jedoch dazu, «in grösseren Dimensionen zu denken».

Flugbetrieb sicherstellen!

Der Bau des Innovationsparks bedingt die Stilllegung des Militärflugplatzes in der heutigen Form. Die Abgabe des westlichen Teils des Flugplatzareals durch den Bund ist mit der Auflage verbunden, dass auf dem restlichen Flugplatzareal die aviatische Infrastruktur «von bestimmten Zweigen der Luftfahrt» weiter benutzt werden kann. Allerdings ist dazu eine Verkleinerung der Startbahn erforderlich, so dass

diese nur noch von kleineren Flugzeugen benutzt werden kann.

Geplant ist, die Geschäfts- und Zivillinerie von Kloten nach Dübendorf zu verlegen, die dann dort täglich von früh bis spät abends betrieben würde. Aus diesem Grund sind alle politischen Parteien des oberen Glatttals aus verschiedenen Motiven gegen dieses Vorhaben. Die «Linken» wollen den Innopark aber keinen Flugplatz, während die Befürworter einer glaubwürdigen Landesverteidigung (EDU, SVP und Teile anderer bürgerlicher Gruppierungen) den Flugplatz Dübendorf unbedingt für eine weitere Generation erhalten und dafür auf den Innopark in der geplanten Form verzichten wollen. Der Flugbetrieb wäre gemeinsam durch die Armee und Wartungsbetriebe für Business-Jets finanzierbar.

Arthur Gasser,
Gemeinderat, Dübendorf

Die Sicht der Zürcher EDU-Kantonsräte

Im Kantonsrat legte Michael Welz die Sicht der EDU-Fraktion zum geplanten Innovationspark dar (Auszüge):

1. Der Innovationspark darf eine weitere aviatische Nutzung nicht einschränken. Wir wollen eine klare Arealaufteilung zwischen Flugbetrieb und Innovation. Bern benötigt ein klares Zeichen aus Zürich!
2. Hinter den Forderungen für Wohnungsbau und Freizeitaktivitäten steht (auch) die Absicht, den Flugbetrieb längerfristig zu eliminieren. Der Richtplaneintrag muss in erster Linie die Raumsicherung für einen Innovationspark (Wissenschaft, Forschung, Produktion) beinhalten. Freizeit, Erholungs- und Wohnfunktion schaffen neues Konfliktpotenzial.
3. Der Innovationspark beansprucht 70 Hektaren Landwirtschaftsgebiet – und alle Kulturlandschützer sind dafür! Wir wollen keine Zonenänderung über eine Entlassung aus dem Landwirtschaftsgebiet.
4. Die restlichen Flächen des Flughafens Dübendorf müssen als Landwirtschaftsgebiet erhalten bleiben.

Für christliche Werte!

Nach 2011 tritt die EDU Kanton Solothurn bereits zum 2. Mal zu den Nationalratswahlen an. Wir bewerben uns für die noch 6 Nationalratssitze (2011 waren es 7 Sitze).

Mit unserem Engagement wollen wir Ihnen, liebe Wählerinnen und Wähler im Kanton Solothurn, eine echte Alternative zu den etablierten Parteien anbieten, indem wir uns für den Erhalt der christlichen Werte in der schweizerischen Politik einsetzen.

In erster Linie soll nicht das Wahlergebnis der Partei oder einzelner Personen massgebend sein, sondern wir wollen primär



V.l.n.r. Eduard Winistörfer, Amanda Jordi, Joachim Gangl, Frieda Gutjahr, Adrian Roth

unserer Mission nachleben, unseren Gott und seine Werte öffentlich zu vertreten. Auch dieses Jahr wollen wir wieder als Zeugen für seine Sache aufstehen.

Nach den letzten Nationalratswahlen, die uns zwar kein Mandat bescherten, jedoch für uns aufgrund des kurz vorher erfolgten Neubeginns, sehr positiv ausfielen, blicken wir mit Spannung auf die Wahlen 2015.

Liebe Solothurner, wir bitten Sie um Ihre Unterstützung zum Erhalt der christlichen Wurzeln unserer Nation und zur Würdigung unseres Engagements, indem Sie unseren Wahlzettel (Liste 11) einwerfen. Vielen Dank! (www.edu-solothurn.ch)

Eduard Winistörfer; Präsident
EDU Kanton Solothurn

EDU AARGAU: MIT POSTULAT ERFOLGREICH

Arbeiten soll sich lohnen!

Mein EDU-Grossratskollege Rolf Haller und ich reichten am 3. März 2015 ein Postulat ein, das Sozialhilfebezügern den Wiedereinstieg in die Arbeitswelt erleichtern soll.

Dabei haben wir den Regierungsrat gebeten, Möglichkeiten zur Schaffung von Anreizen aufzuzeigen, damit sich Arbeit auch für Sozialhilfebezüger lohnt, wenn sich die Gelegenheit dazu bietet.

Zum Umsteigen motivieren

Unser Anliegen begründet sich wie folgt: «Grundsätzlich ist die Sozialhilfe für in finanzielle Schwierigkeiten geratene Menschen gedacht. Mehr und mehr entwickelt sich diese jedoch nicht nur als Übergangslösung bei Engpässen, sondern als längerfristige «Versicherung». Dies ist nicht der Sinn der Sozialhilfe.

Demgegenüber gibt es immer wieder Sozialhilfebezüger, die gerne eine Arbeit aufnehmen würden, jedoch damit letztendlich weniger Geld in der Tasche hätten, weil ihnen damit die finanzielle Unterstützung gestrichen würde (Berufsauslagen, Krankheitskosten und andere). Die logische Konsequenz: Lieber von

der Fürsorge abhängig bleiben, statt einer Arbeit nachgehen.

Dieser Missstand soll beseitigt werden, indem Anreize geschaffen werden, damit sich die Aufnahme einer Arbeit auch in solchen Fällen lohnt. Dieser Anreiz fehlt heute in unserem Sozialhilfesystem, während er in der Arbeitslosenversicherung eingebaut ist. In der Praxis gibt es viele Beispiele – von Familien und von Einzelpersonen. Zudem belegen Studien: Je länger eine Person in der Sozialhilfe verbleibt, desto unwahrscheinlicher wird der «Ausstieg». Es geht also auch darum, dass Betroffene nach möglichst kurzer Zeit wieder Fuss fassen und einer geregelten Arbeit nachgehen können. Dies muss doch auch im Sinne des Kantons Aargau sein.»

Eindeutige Schlussabstimmung

In seiner Antwort schreibt der Regierungsrat u. a.: «Gemäss Sozialhilfe- und Präventionsgesetz hat die Sozialhilfe das Ziel, der Sozialhilfebedürftigkeit vorzubeugen sowie die wirtschaftliche und persönliche Selbständigkeit von Personen, die Hilfe benötigen, durch geeignete Massnahmen zu fördern, zu erhalten oder wiederherzustellen. Die Kantonsregierung bekennt selber, dass es für eine Hilfskraft

unattraktiv ist, überhaupt eine Stelle anzutreten, weil die Differenz zum Einkommen aus der Sozialhilfe zu gering ist.»

Der Regierungsrat hat diese Entwicklung erkannt; auch der Bund unterstützt in einigen Bereichen Projekte und entwickelt die Regelstrukturen weiter.

Einiges ist aufgegleist worden, doch einige Verbesserungen liegen noch vor uns! Trotzdem wollte der Regierungsrat dieses Postulat abschreiben, obwohl die vorhandenen Probleme noch nicht gelöst sind. Deshalb beantragten wir beim Grossen Rat, das Postulat erst abzuschreiben, wenn die Missstände behoben sind. Bei der Abstimmung unterstützte der Rat die EDU-Vorlage mit 102 zu 2 Stimmen. In meinem Herzen ertönte ein «Danke für diese Unterstützung!». Nun beginnt die eigentliche Arbeit: gute Lösungen zu finden.

Grossrat Martin Lerch, Rothrist



Marktplatz

Verkaufen

5 1/2-Zi.-Einfamilienhaus in Gunten am Thunersee, inkl. 2-Zi.-Einliegerwohnung. 300 m v. ÖV. Einmalige

Panorama-Aussicht. Parz. 504m². CHF 970000.–. Chiffre 150960

Einzigartiges Wohn- u. Geschäftshaus mit 4 1/2- u. 2 1/2-Zi.-Wohnung, in Altikon ZH, Schlossacker 4/6. Wohnzone. Div. Geschäfts- u. grosse Lageräume, grosse Garagen. Energieversorgung autonom. Parkähnlicher Garten mit Blockhaus, Sitzplätzen, Biotope, Sandsteinbrunnen u. Windturbine (052 336 17 28, 052 336 18 08)

VW Sharan 1.9 TDI, 4motion, Jg. 11.09, schwarz, 182000 km, 5 (7) Plätze, 8 x bereift, 6-Gang Handschaltung, Climatronic. Frisch ab Service und MfK, CHF 14900.–. St. Fierz, Mönchaltorf (079 577 48 37)

Broschüre (52 S.): Impfterror. Impfen – Geschäft mit Unwissenheit und Angst. Bestellung (mit Vermerk «EDU-Marktplatz») an: basileuo, Lörenstrasse 46, 9230 Flawil (Spende nach Erhalt)

Vermieten

Herbstferien am Luganersee. Komfortabel, günstig, Seesicht, ruhig, 6 Betten (033 251 12 66, www.casamulino.ch)

Ferienwohnung im sonnigen Tal Avers GR, 6 Betten, für Ferien zu jeder Jahreszeit. Herbstwanderungen in einzigartiger Bergwelt, familiäres Skigebiet, zwei Skilifte, Langlaufloipen, Winterwanderwege, beliebtes Skitourengebiet. Dez.–März CHF 480.–/W., übrige Jahreszeiten CHF 380.–/W. (071 642 15 19)

2-Zi.-Ferienwohnung am Thunersee, renoviert, hell, freundlich eingerichtet. Sehr viele Ausflugsmöglichkeiten, wandern, Velo fahren, baden, Schiff, ÖV in 2 Min. TV, Radio, CD, WLAN. Bis 2 Pers. CHF 60.–, ab 3 Pers. nach Absprache. Endreinigung CHF 70.–. (078 666 36 51)

Sonniges, ruhiges **Zimmer mit Frühstück** für eine Person in Gstaad. Eigene Dusche, Parkplatz, Abholdienst. CHF 70.–/N. alles inklusiv. Siehe www.gstaad.ch/«Bed and Breakfast for One» (033 744 42 86, 079 302 43 86)

Suchen

Für unsere unternehmungsfreudigen zwei kleinen Mädchen (1 + 3 J.) suchen wir für zwei Tage in der Woche **eine liebevolle Tagesmutter oder Nanny.** Wir wohnen in Bertschikon (b. Gossau) und freuen uns auf deine

Kontakttaufnahme (barbara.baehler@bluewin.ch)

Zu mieten gesucht von pensioniertem Ehepaar: Ruhige 4–5-Zi.-Wohnung im Kanton Zürich. Mietantritt nach Vereinbarung. Chiffre 150970

Verschenken

Christliche Bücher und Klassik-LPs wegen Umzug in eine kleinere Wohnung (079 206 26 69, monka@bluewin.ch)

Neue Vortrags-CD von Prof. Werner Gitt: **«Richtig gezählt, aber gründlich verrechnet: Davids Volkszählung und Gottes Gericht».** Gratis erhältlich beim Literatur-Dienst, Postfach 217, 3113 Rubigen (079 613 20 02, literaturdienst@bluewin.ch)

Zeitschriften ethos Nr. 7–10, 2014; Jesus – Keiner hat die Welt bewegt wie er! Leitfaden für Bibel-Gesprächsrunden; Zürcher Bürger- u. Bürgerinnen-Buch, signiert von Alfred Gilgen; Silva-Buch Korsika u. Sardinien; Wege des exakten Denkens, Walter Popp, Weltbild-Verlag. Abholen in Wettswil od. Versand gegen Portokosten (044 700 25 07)

Offene Stellen

Zur Erweiterung unseres Teams (Region Bern) suchen wir baldmöglichst eine **gelernte, kreative Teilzeit-Floristin.** Sie haben schon etwas Berufserfahrung, sind an selbstständiges Arbeiten gewöhnt, sind belastbar und fahren Auto. Wir freuen uns auf Ihren Anruf (079 288 37 45)

Diverse

Englisch lernen in Cambridge UK, mit motivierten, gläubigen Lehrern. Ausk. Ruth Dubouloz (033 251 12 66, jcr.dubouloz@bluewin.ch)

Zürich-Flughafen: Privat einmalig günstig parkieren! Wir übernehmen Ihren Wagen im Parking 3 und bringen ihn nach Ihrer Rückkehr dorthin zurück. (044 860 16 37, 079 667 57 42, www.tankstelle-soli.ch)

Protestantischer Verein Kirche und Glaube PVKG. Besuchen Sie uns im Internet! (071 640 01 30, www.pvkg.ch/info@pvkg.ch)

Die EDU lädt ein

16./30.9. Männedorf: 13.30h, Luegislandstrasse 27: EDU-Gebet (044 920 45 43)

Israelvorträge mit Michael Schneider, Jerusalem

4.9. Münsingen: 20h, Gemeindegast, Schlosstrasse 8

5.9. Lyss: 20h, Hotel Weisses Kreuz, Marktplatz 15

6.9. Aarberg: 14h, Hotel Krone, Stadtplatz 29

7.9. Langnau i.E.: 20h, Kupferschmiede, Alleestrasse 8

8.9. Interlaken: 20h, Arthos, Alpenstrasse 45 (P. Bonsack: 032 392 51 65)

9.9. Horgen: 20h, Zentrum Schinzenhof, Alte Landstrasse 24

10.9. Uster: 20h, KG Kreuz, Zentralstr. 40

5.9. Sumiswald: 9.30–13h, EGW-Haus, Bahnhofstrasse 10: Wahl-Brunch. Die Sektion Sumiswald-Wasen lädt zu einem Treffen mit Nationalrats-Kandidaten der EDU aus der Region ein. (079 751 07 01)

7.9. Baden: 19.30h, Fam. Eipe, Kreuzweg 17: EDU-Gebet (056 222 53 79)

8.9. Winterthur: 20h, Zentrum Grüze, Industriestr. 1: «Kommt der Terror nach Europa?» Referat v. Michal Hoffman (Israel). Freiwillige Kollekte.

9.9. Zürich: 18.30–19h, Glockenhof, Raum der Stille, Sihlstrasse 33: EDU-Gebet (044 322 61 46)

11.9. Winkel: 20h, Rest. «Breiti», Seebnerstrasse 21: Vortrags-/Wahl-Veranstaltung der EDU ZH: «Kommt der Terror nach Europa?» Der Nahostkonflikt. Seine Bedeutung für Europa u. die Schweiz. Der Polit-Islam, eine Gefahr für die Schweiz? Mit ASEBA, D. Zingg u. Referentin Michal Hoffman, Israel.

14./28.9. Steinmaur: 20h, KGH, Schulwiesstrasse 7: EDU-Gebet (044 865 20 32, 044 856 01 93)

17.9. Winterthur: 20h, Zentrum Grüze, Industriestrasse 1: Gibt es bald einen Finanzcrash? Gibt es Verbote eines Kollapses des globalen Finanzsystems? Soll und kann man sich vorbereiten? Referat von Samuel Kullmann, Politischer Mitarbeiter EDU Schweiz. Freiwillige Kollekte.

19.9. Zürich: 9.30–12h, Stiftung Glockenhof, Sihlstr. 33: **EDU-Frauentag** mit Schwerpunkt Gebet, ME im Restaurant nebenan, nachm. Möglichkeit zur Teilnahme am «Marsch fürs Läbe» (Anmeldung: lisa.leisi@edu-schweiz.ch, 071 983 39 49)

20.9. Herisau: 17h, Pfingstgemeinde, Rosenaustrasse 1, EDU-Gebet (071 351 67 39)

10/2015 Der nächste «EDU-Standpunkt» wird am 28. September versandt (Redaktionsschluss: 11. September, Druck: 24. September)

Christliche Anlässe

Gemeinde für Christus

13.–20.9. Reichenbach, Evangelium im Zelt (zelt.gfc.ch)

19.–20.9. Bülach, Bettagskonferenz: «Das Geheimnis der Zufriedenheit» (bettagskonferenz.gfc.ch)

Evang. Freikirche Action Biblique

24.9. 19.30h, Kapelle Siloah, Worbstrasse 328, Gümligen: Kapellenabend «Leben nach dem Tod», mit Markus Bischoff (www.ab-bern.ch)

Ebenezer Operation Exodus

Vortragstour: «Warum immer wieder Israel?», mit Willem J.J. Glashouwer, Holland

11.9., 19:30h, Basel, Spittler-Haus, Socinstrasse 13

12.9., 13:30h, Bern (Ende ca. 16:30 h) EGW, Nägeligasse 9

13.9., 19:00h, Zürich, Volkshaus, Stauffacherstrasse 60

14.9., 19:30h, St. Gallen, Pfalz Keller, Klosterhof 3

15.9., 19:30h, Chur, Tagungszentrum Brandis 12, Brandisstrasse 12

16.9., 19:30h, Emmenbrücke LU, Gersag, Rüeggisingerstrasse 20a

17.9., 19:30h, Schaffhausen, Park Casino, Steigstrasse 26

(044 252 92 00, www.ebenezer-international.org)

Seminar für biblische Theologie Beatenberg

13.–19.9. Aktiv-Woche für Senioren, zusammen mit Studierenden des Seminars

16.–18.10. Regionalkonferenz der Studiengemeinschaft «Wort und Wissen»

(033 841 80 00, www.gaestehaus.ch)

Christliche Bühne «Die Boten»

5.9. 20h, FEG, Rorschacherstrasse 41 a, Altstätten: «Mensch, wer bist Du?» Kabarettistische Szenenfolge

12.9. 20h, Zentrum Oberwis, Birchstrasse 2, Seuzach: «Aber man muss das nicht so tragisch nehmen» (www.dieboten.ch)

6. Marsch fürs Läbe

19.9. 14.15h, Marktplatz, Zürich-Oerlikon: Kundgebung, Bekenntnis-Marsch (marschfuerslaebe.ch)

Tim Team

10.–16.10. Hotel Hari, Adelboden: «Heilung im Licht der Bibel», mit William Lerrick (081 284 84 71, www.tim-team.ch)

Streiflichter mit Partnern aus der Ukraine und Serbien

24.10.–1.11. Bilder. Berichte. Begegnungen. 12 regionale Vortragstreffen. Veranstalter: Licht im Osten (052 245 00 50, www.lio.ch)



LESERBRIEFECKE

Sie kommen zu Wort

Vielen Dank für Ihren «Standpunkt». Ich lese ihn gerne, weil er am Puls der Zeit ist. Sie greifen die für unsere Gesellschaft und unsere Zeit relevanten Themen auf. Um diese im biblischen Kontext darzustellen, heisst ja auch eine prophetische Stimme für unser Land zu sein. Dazu wünsche ich Ihnen immer wieder neue Ideen und Gottes Führung. Ein Thema, dem ich kürzlich begegnet bin: Der Einfluss von Computer, Internet usw. auf unser Denken, insbesondere auch auf die Lernfähigkeit der nächsten Generation. Prof. Dr. M. Spitzer hat ein Buch verfasst mit dem Titel «Digitale Demenz». [...] Seine Gedanken scheinen mir insbesondere für Erziehung und Ausbildung von eminenter Bedeutung zu sein. Natürlich macht er sich mit seinen gut begründeten Thesen bei der Computerindustrie nicht nur Freunde...

Hans Lendi, Stäfa ZH

In unserer November-Ausgabe 2014 stellte Lisa Leisi das erwähnte Buch von Manfred Spitzer vor (Anm. d. Redaktion)

Landesvater Maurer verkauft uns nicht an die EU!

Ein grosses Lob an Bundesrat Ueli Maurer für seine 1. August-Rede! Er ist der einzige Bundesrat, der sich für unsere schweizerischen Werte wie Freiheit, Unabhängigkeit und direkte Demokratie einsetzt. [...] Wenn ich die 1. August-Textauszüge der anderen Bundesräte anschau, kommt es einem so vor, als wollten sie uns an einen Moloch namens EU verkaufen. [...] Sicher ist, dass sie sich nach einem Abschluss des sogenannten Rahmenvertrages mit der EU nicht mehr mit unliebsamen Volksentscheiden herumschlagen müssten. Denn wir hätten dann automatisch EU-Recht zu übernehmen und bei Unstimmigkeiten müssten wir uns fremden Richtern beugen; ansonsten müssten wir mit Sanktionen, (die beschönigend Ausgleichsmassnahmen genannt werden!) rechnen. [...]

Wählen wir doch nur Kandidaten in den National- und Ständerat, die unsere schweizerischen Werte standfest verteidigen!

Martin Bracher, Büsserach SO

Hilflose Hilfe?

In der letzten Ausgabe des «EDU-Standpunkts» befand sich ein Spendenaufruf mit Einzahlungsschein von HMK Thun für die leidgeplagten Krisengebiete Syrien und Ostukraine. Ich startete eine nicht zu knappe Überweisung mit meinen monatlichen Zahlungen-Aufträgen bei einer der namhaften schweizerischen Grossbanken. Ich staunte jedoch nicht schlecht, als mir kurz darauf telefonisch mitgeteilt wurde, dass mein Auftrag nicht angenommen werden könne, weil bezüglich Hilfsorganisation und Spendenziel grosse Unklarheiten und Zweifel bestünden. Man sei sich im Ungewissen, ob die Spende in die Kriegsgebiete nicht in falsche Hände gerate. [...] Ob wohl Angst die Bank leitete, sie würde Terrororganisationen unterstützen? Das sind nur Mutmassungen meinerseits. Aber offensichtlich besteht Aufklärungsbedarf bei unseren verängstigten Grossbanken, damit Hilfe am Nächsten nicht hilflos wird. Wohl oder übel musste ich meinen Auftrag sistieren lassen – und eine Familie in Syrien muss «dank» weltumspannendem Misstrauen weiter leiden.

Charles Maag, Zug

UDF TICINO

INIZIA UN NUOVO ANNO SCOLASTICO

La «Scuola che verrà»

Il 31 agosto anche in Ticino, inizierà il nuovo anno scolastico e, in prospettiva, si avvicina l'applicazione della rivoluzionaria proposta per la Scuola Media chiamata «La scuola che verrà» avanzata dal DECS dell'on. Bertoli.

Recentemente ho partecipato ad un dibattito televisivo nel quale si è parlato di quel progetto e mi è sembrato un «Bertoli contro tutti!»

Nella bozza è indicata la tempistica che da novembre 2014 a marzo 2015 prevedeva presentazioni pubbliche, che continua con l'approfondimento da parte del gruppo di lavoro e poi da novembre 2015 a marzo 2016 verrà posto in consultazione il «modello dettagliato». Da settembre 2016 a giugno 2020 ci sarà la sperimentazione in alcuni istituti.

Ora vedo diversi di problemi; innanzitutto se Lega, PLRT, PPD e La Destra non cambieranno idea rispetto a quanto espresso in sede di dibattito televisivo, il progetto dell'on. Bertoli è nato morto, a meno di una virata, se non di 180°, almeno di 150°!

Ma cosa farà il DECS?

Ma il DECS si fermerà a riflettere o andrà per la sua strada? Mi chiedo se ha senso creare il «modello dettagliato» di un progetto che non è condiviso dalle forze politiche e che non gode di grande credito neanche da parte del corpo docente.

Dalla tempistica indicata sembrerebbe poi che il DECS non prenda neppure in considerazione un'eventuale «correzione» del progetto prima di iniziare la sperimentazione, poiché dalla fine della consultazione (marzo 2016) all'inizio della sperimentazione (settembre 2016), trascorrerebbero solo cinque mesi, di cui due di vacanze estive, periodo troppo corto per apportare modifiche di sostanza al progetto.

Infine, se l'on. Bertoli dovesse comunque andare per la sua strada, e questa è l'impressione che ha dato durante il dibattito rispondendo in modo piuttosto stizzito alle critiche, è poco probabile che, nel frattempo (cioè da qui al 2020), si possano apportare altri miglioramenti/cambiamenti alla Scuola media (p.es. abolizione dei livelli o, al contrario e a seconda delle opinioni, estensione dei livelli ad altre materie, innalzamento della media per accedere alle scuole post-obbligatorie per ridurre le bocciature al liceo ecc.) e quindi, se il progetto dovesse poi essere abbandonato, avremmo perso 5 anni.

Spero sinceramente che non finisca così, ma le premesse non sono incoraggianti.

Edo Pellegrini, presidente UDF Ticino



Mauern

Bild: Am Grimselpass, Haslital Tourismus

Der Mann am Signalhorn bläst Alarm. Er bläst seine Backen auf wie ein Hamster. «Tää-tää-tää». Schaurig tönt das Horn, der Bläser schwitzt vor Aufregung. Dann rennt er auf seinen kurzen, krummen Beinen hinter den nächsten Erdhaufen in Deckung, legt sich flach in den Dreck und hält sich die Ohren zu.

Die Explosion ist heftig, ein Blitz, ein Krach, die Erde zittert und ein Vulkan aus Erde und Felsbrocken schießt aus der Grube heraus, haushoch, fauchend wie ein feuerspeiender Drache. Der Luftdruck lässt die Fensterscheiben bersten, der anschliessende Steinhagel zerschmettert viele Dachziegel und verwüstet den Garten. Der nächste Knall, der nächste Ausbruch. Nun ist Vaters Velo an der Reihe. Ein mächtiger Gesteinsbrocken zertrümmert das gute alte englische Rad in zwei Teile. Jetzt ist es buchstäblich ein Zweirad. Detonation Nummer drei reisst die Dachrinne aus der Halterung. Traurig hängt sie herab, schwankt hin und her, jämmerlich ächzend. Dann fällt sie runter und gibt den letzten blechernen Seufzer von sich. – Nun herrscht Ruhe, gespenstische Ruhe. – Dreissig Sekunden, eine Minute. Der Mann mit dem Horn rappelt sich auf und wagt einen Blick über den Rand des Erdhaufens. Er sieht nicht viel, die Gegend ist mit beissendem Rauch vernebelt. Die Luft stinkt gewaltig nach Schwefel, Sprengpulver und verbrannter Erde. Dann kriecht er aus seiner Deckung, bezieht Stellung oben auf dem Erdhaufen und beurteilt die Lage. Das Signalhorn schmettert Ende Alarm.

Wir Kinder stolpern bleich aus dem Keller und sehen uns ängstlich die Bescherung an. Vater verwirft die Hände und Mutter zittert wie Espenlaub. Sie ist kaum in der Lage, die Kartoffeln für das Mittagessen zu schälen.

Nein, das ist keine Kriegsreportage

So ungefähr ging es zu und her, als unser Nachbar 1950 sein Haus bauen liess. Weil der Untergrund felsig war, musste der Keller herausgesprengt werden. Anno dazumal war die Sprengtechnik noch nicht auf dem heutigen Stand. Einige Stangen Dynamit in die Bohrlöcher, mit Tannästen zudecken, fertig. Die Lunte anzünden und ab in Deckung. Eine Sprengung reichte nicht. Wir erlebten viele bange Stunden. Ein Wunder, dass unser Haus nebenan stehen blieb. Als die Sprengerei fertig war, sammelten wir die grössten Steine und Felsstücke, die rund um unser Häuschen verstreut lagen. Unter der kundigen Anleitung von Vater bauten wir eine Gartenmauer. Eine spannende Sache. Wie aus dem Bilderbuch stand sie da, unsere Natursteinmauer. Mit der Zeit bezogen Eidechsen und anderes Getier ihre Wohnung in den Ritzen zwischen den Steinen, und allerlei Blumen und Gräser verzierten die Mauer mit ihren prächtigen Farben. Seither liebe ich Mauern, Natursteinmauern, die leben.

Mauern sind wichtig

Sie stützen, tragen, sie halten auf, sie trennen und schützen. Haben Sie die Stützmauer auf dem Brünigpass schon bestaunt? Wenn nicht: Planen Sie einen Sonntagsausflug und nehmen Sie einen

Augenschein. Einfach grossartig, diese Natursteinmauer. Dann gleich zum Grimselpass und hinunter nach Gletsch, durch die Kehren der Meienwand. Seit Jahren wird dort die Strasse ausgebaut. Mauern aus riesigen Felsbrocken, wunderschön, richtige Kunstwerke. Dann hinauf zum Furkapass. Auch hier haben Mensch und Maschine wahre Prachtsmauern errichtet, welche die Strasse stützen und die Touristen schützen. Ich bewundere die Männer mit ihren riesigen Maschinen. Ungetüme, die tonnenschwere Felsbrocken heben, verschieben und millimetergenau in die richtige Lücke absetzen.

Mauern können auch trennen

Die Berliner Mauer trennte ein ganzes Volk. Eine hässliche Mauer aus Beton, undurchlässig, unbarmherzig. Wir Menschen sind Weltmeister im Mauern aufrichten. Mauern, die uns das Leben schwer machen und uns erdrücken können. Die Mauer in Berlin fiel, die Vernunft siegte. – An Ostern riss Jesus auch eine Mauer ein. Eine Mauer, die uns von Gott trennte. Der Stein ist weg, das Grab ist leer, Jesus lebt!

Und sollte doch mal eine Mauer stehen bleiben: Mit unserem Gott können wir sogar darüber springen (Psalm 18,30)!

Ruedi Ritschard

Bestellschein

ABONNEMENT

Ich abonniere den «EDU-Standpunkt» für CHF 30.– (11 Nummern).

PROBENUMMERN

Senden Sie mir/der folgenden Person «EDU-Standpunkt»-Probenummern:

Name _____

Vorname _____

Strasse _____

PLZ/Ort _____

E-Mail _____

Datum _____

Empfohlen von _____

Coupon einsenden an: «EDU-Standpunkt», Frutigenstrasse 8, Postfach, 3602 Thun

10. - 18. SEPTEMBER 2015

WARUM IMMER WIEDER ISRAEL?

VORTRAGSTOUR IN ZUSAMMENARBEIT MIT DEREK PRINCE MINISTRIES

WILLEM J.J. GLASHOUWER



Pfarrer Glashouwer ist seit 1999 Präsident der Bewegung "Christians for Israel International" mit nationalen Zweigen in über 30 Ländern auf allen 5 Kontinenten. Er ist auch Ehrenvorsitzender der Europäischen Koalition für Israel (ECI).

Nach seinem Theologiestudium war er 20 Jahre Produzent, Präsentator und zuletzt Direktor des evangelischen Rundfunk- und Fernsehsenders EO.

Er hat mehrere Bücher, Artikel und Bibelstudien über Israel veröffentlicht. Sein Buch „Warum immer wieder Israel“ wurde in ca. 25 Sprachen übersetzt. Bedeutend ist auch sein Werk „Der Erste und der Letzte“, ein 700 Seiten starker Kommentar zur Offenbarung des Johannes, in Form eines täglichen Andachtsbuches für ein Jahr.

Die Veranstaltungen in der Schweiz finden an folgenden Orten statt:

Donnerstag 10.	19:30 Uhr	Romandie	Centre Chrétien, Rue de l'industrie 3 + 5, 1373 Chavornay
Freitag 11.	19:30 Uhr	Basel	Spittler-Haus, Socinstrasse 13, 4051 Basel
Samstag 12.	13:30 Uhr	Bern	(Ende ca. 16:30 Uhr) EGW, Nägelligasse 9, 3011 Bern
Sonntag 13.	19:00 Uhr	Zürich	Volkshaus, Stauffacherstrasse 60, 8004 Zürich
Montag 14.	19:30 Uhr	St. Gallen	Pfalzkeller, Klosterhof 3, 9000 St. Gallen
Dienstag 15.	19:30 Uhr	Chur	Tagungszentrum Brandis 12, Brandisstrasse 12, 7000 Chur
Mittwoch 16.	19:30 Uhr	Luzern	Gersag, Rüeeggingerstrasse 20a, 6020 Emmenbrücke
Donnerstag 17.	19:30 Uhr	Schaffhausen	Park Casino, Steigstrasse 26, 8200 Schaffhausen
Freitag 18.	20:00 Uhr	Ticino	Centro Cristiano New Vision, Via della Posta 19, 6934 Bioggio



Ebenezer Hilfsfonds Schweiz, Olgastrasse 10, 8001 Zürich
Telefon: 044 252 92 00 **E-Mail:** office@ebenezer.ch
www.ebenezer-international.org

Ein christlicher Dienst, der jüdische Menschen bei ihrer Rückkehr nach Israel unterstützt

BALD FINDEN DIE NATIONALRATSWAHLEN STATT:

Werden Sie Mitglied bei der EDU!

STANDPUNKT- EMPFÄNGER SIND NICHT AUTOMATISCH MITGLIEDER DER EDU

- Interessieren Sie sich für Politik auf der Grundlage des Wortes Gottes? – Die EDU legt wert darauf, eine Politik auf biblischer Basis zu betreiben!
- Lieben Sie das Land der Bibel? – Die EDU wird auch Israel-Lobby genannt.
- Beten Sie für Kandidierende, Amtsträger und politische Anliegen unseres Landes? – So seien Sie herzlich willkommen in der EDU-Familie!

EDU+UDF
Eidgenössisch-Demokratische Union
Union Démocratique Fédérale
Unione Democratica Federale

Mitgliederantrag

Ich erkläre den Beitritt zur EDU und anerkenne die Grundsätze gemäss Statuten der EDU Schweiz

Name: _____ Vorname: _____

Heimatort: _____ Geburtsdatum: _____

Adresse: _____

Postleitzahl und Wohnort: _____

Tel. P/G: _____ E-Mail: _____

Zivilstand: _____ Beruf: _____

Kirchenzugehörigkeit: _____

Sind Sie Mitglied einer anderen Partei? _____

Unterschrift: _____ Datum: _____

Senden an: EDU Schweiz, Zentralsekretariat, Postfach 43, 3602 Thun

2016 – Israel-Solidaritätsreisen

Israel-Frühlingsreise

9. – 23. Mai 2016

Israel-Herbstreise

30. Oktober – 13. November 2016

Prospekt: Pro Israel

Postfach, 3607 Thun
Tel. 033 335 41 84
info@proisrael.ch
www.vereinigungproisrael.ch



E. + W. BERTSCHI AG

5728 Gontenschwil 062-773 12 40

Spenglerei · Sanitär · Heizungen




Hotel am Kurpark *100 % barrierefrei und seniorenfreundlich*
Bad Herrenalb · Schwarzwald ★★★★★

Goldener Herbst
Buchbar vom 1.9.2015 - 30.11.2015

- 3 Übernachtungen mit HP, 2x Kaffee & Kuchen
- Geführte Wanderung im Naturparadies Schwarzwald
- Zwiebelkuchen und Neuer Wein zur Begrüßung

Preis pro Person im DZ ab: 230,-€
EZ plus: 10 €/Nacht, Verlängerungstage möglich

Kultur- und Freizeitangebote für Sie:
Hauseigene Sauna, benachbarte Siebentäler Therme, NordicAktivArea Trails, Golfplatz, Ziegel-Museum
Hotel am Kurpark Bad Herrenalb GmbH
Kurpromenade 23/1 · D-76332 Bad Herrenalb

Weitere Angebote: www.hotelak.de · Tel. +49 7083/5002-0



Israel Reisen 2015 | 2016 mit:
Astrid und Hansjörg Bischof 

Kultour Ferienreisen | +41 52 235 10 05 | www.kultour.ch

Laubhüttenfest in Jerusalem feiern
26. September - 4. / 11. Oktober 2015

Israel Erlebnis | auf den Spuren bibl. Verheissungen
11. - 25. November 2015

Frühjahrs- und Landwirtschaftsreise
14. - 24. / 28. Februar 2016



PROMENSCHENLEBEN LIFESCHÜTZEN

Ist Ihnen auch nicht egal, wie Ihre Prämiegelder eingesetzt werden?

60'000 Pro Life-Mitglieder setzen ein unübersehbares Zeichen und stehen für das Leben ein. Wir bieten eine Krankenkassenlösung, die Sinn macht und unterstützen unsere Mitglieder bei Prämieinsparungen und mit finanziellen Beiträgen.

Aus Überzeugung:
JA zum Leben!



Jetzt kostenlose Beratung anfordern:

info@prolife.ch
0848 870 870

www.prolife.ch

Fachhändler für Naturbettwaren

Massivholzbetten in über 60 Designs

fanello-Lattenrost und Naturlatexmatratze

Schurwollduvets, Kissen und Betauflagen

Kommen Sie vorbei und lassen Sie sich beraten!



Spycher-Handwerk

Huttwil

Schaukarderei

- Naturfaserkleider

- Jurtenübernachtung

- Betriebsführungen



www.kamele.ch

062 962 11 52